

Liberalismus in Deutschland seit 1945

Eine Skizze

Jürgen Frölich, Archiv des Liberalismus, Gummersbach

- | | |
|---|--------------|
| 1. Versuch eines gemeinsamen Neubeginns 1945-1949 | S. 2 |
| 2. Zwischen Westintegration und Kaltem Krieg 1949-1966 | S. 11 |
| 3. Suche nach neuen Wegen 1967-1973 | S. 20 |
| 4. Stabilisierende Kraft der Mitte 1974-1988 | S. 28 |
| 5. Motor der Einheit 1989/1990 | S. 37 |
| 6. Alte und neue Herausforderungen seit 1990 | S. 41 |

1. Versuch eines gemeinsamen Neubeginns 1945-1949

Die Folgen des Zweiten Weltkrieges, an dessen Urheberschaft keinerlei Zweifel bestehen konnten, waren für Deutschland wesentlich gravierender als die des Ersten: Nach der bedingungslosen Kapitulation der deutschen Truppen wurde das gesamte deutsche Territorium besetzt, ein Teil Ostpreußens faktisch an die Sowjetunion angegliedert, die übrigen Gebiete östlich von Oder und Neiße an Polen zur Verwaltung übergeben und Rest-Deutschland in vier Besatzungszonen unter den Siegermächten vorläufig aufgeteilt. Anders als 1918 blieb der von Bismarck geschaffene Staat nicht mehr intakt und weitgehend sich selbst überlassen. Diesmal waren die Deutschen vom Richterspruch der Siegermächte vollkommen abhängig. Dass die meisten Deutschen trotz der zahlreichen im deutschen Namen während des Zweiten Weltkrieges verübten Verbrechen bald wieder die Chance zu eigener politischer Betätigung und schließlich auch zur Bildung eines eigenen neuen Staates bekamen, hing vor allem damit zusammen, dass sich zwischen den Siegermächten kurz nach der Beseitigung der nationalsozialistischen Diktatur tief greifende politische Gegensätze herausstellten, die dann in einen jahrzehntelangen, die gesamte Weltpolitik beherrschenden "Kalten Krieg" mündeten. Der Ausbruch dieses Konfliktes zwischen Amerikanern, Briten und Franzosen einerseits und Russen andererseits ließ aber die baldige Rekonstruktion eines alle Deutschen umfassenden Staates - sei es in den Grenzen von 1937, sei es als Zusammenfassung der vier Besatzungszonen, also ohne die Gebiete östlich von Oder und Neiße - von Anfang an zu einem höchstens langfristig zu erreichenden Ziel werden, dessen Realisierung immer unwahrscheinlicher wurde, je mehr sich der Ost-West-Konflikt verschärfte. Angesichts der katastrophalen Lage Deutschlands, wo auch die Verkehrs- und Kommunikationsverbindungen weitgehend unterbrochen waren, konnte allein die lokale und regionale Ebene Ausgangspunkt für eine neuerliche politische Betätigung sein.

Die Reorganisation des deutschen Liberalismus nach 1945 ist dementsprechend im Gegensatz zu allen früheren liberalen Parteigründungen nicht zentralistisch von oben nach unten, sondern umgekehrt, von unten nach oben, von der lokalen über die

regionale bis hin zur gesamtstaatlichen Ebene erfolgt, davon wich nur die Entwicklung in der sowjetisch-besetzten Zone in gewisser Weise ab. Dass diese Reorganisation aber erst nach drei Jahren zu einem Abschluss kam, verdeutlicht die Schwierigkeiten, die bei der Neuentstehung einer liberalen Partei zu überwinden waren. Es war zunächst auch keineswegs ausgemacht, dass diese Wiederbelebung überhaupt gelingen würde. Denn auch unter den Liberalen war die Neugründung einer eigenständigen liberalen Partei zunächst umstritten. Viele jüngere Politiker der Weimarer Republik zogen aus dem Desaster der liberalen Parteien nach 1930 die Konsequenz, dass die Zeit des organisierten Liberalismus vorbei wäre. Einige erblickten in der Sozialdemokratie die vermeintliche Erbin des Liberalismus, etliche mehr bevorzugten die Bildung einer großen bürgerlichen Sammlungspartei auf christlicher Grundlage, auch ein Mann wie Theodor Heuss spielte eine Zeitlang mit einem solchen Gedanken. Die Mehrheit der Weimarer Liberalen war jedoch von der Notwendigkeit einer eigenständigen liberalen Partei überzeugt. So zeigten die ersten lokalen Organisationen eine deutliche Kontinuität zu den liberalen Parteien vor 1933. Nicht nur waren die meisten Parteigründer schon früher in der DDP oder DVP aktiv gewesen, auch im Namen und in der Programmatik wurde an die Tradition des Weimarer Liberalismus angeknüpft. In den ehemaligen Hochburgen der DDP im Süden und in den Hansestädten tauchte nicht von ungefähr der Begriff Demokratie oder Demokraten in der Bezeichnung für liberale Parteiorganisationen wieder auf. Denn, so bekannte Wolfgang Haussmann, der maßgeblich an der Neugründung einer liberalen Organisation in Stuttgart beteiligt war: "Es liegt nahe und ist beinahe zwingende Notwendigkeit, dass gerade in der württembergischen Landeshauptstadt an die alten Traditionen der (süddeutschen) Demokratie als Ausgangspunkt und Richtschnur einer politischen Partei angeknüpft wird." Diesen Parteigründern schwebte eine liberale Partei in der politischen Mitte vor, ganz ähnlich der Rolle der DDP in der Weimarer Republik.

Davon abweichende Vorstellungen hegten dagegen jene Gründungsväter liberaler Organisationen in den Gebieten, in denen, wie beispielsweise im Ruhrgebiet, in Hessen und in Niedersachsen, der nationalliberale Flügel des deutschen Liberalismus früher stark gewesen war. Obwohl hier die personellen Kontinuitäten zur früheren DVP, deren Politik am Ende der Weimarer Republik noch mehr Anlass zur Kritik gegeben hatte als

die der ehemaligen "Demokraten", weit weniger hervortraten, gab es doch programmatische Berührungspunkte zum Weimarer Rechtsliberalismus: Betonung des Nationalen, Kampfansage an alles "Sozialistische". Die langfristige Absicht dieser Kreise war aber mehr als die Reorganisation der alten DVP und zielte auf eine bürgerlich-nationale Sammlungsbewegung, die sowohl Liberalen wie auch früheren Deutschnationalen und sogar "geläuterten" Nationalsozialisten eine politischen Heimstatt geben und die eindeutig rechts von der Mitte ihren politischen Standort finden sollte. Vor dem Hintergrund solch divergierender Auffassungen von der zukünftigen Rolle einer liberalen Partei war ein mühsamer Einigungsprozess zwangsläufig vorprogrammiert.

Bei der Bildung der neuen liberalen Partei lassen sich drei Phasen unterscheiden. Zunächst entstanden überall in den vier Besatzungszonen lokale liberale Gruppierungen. Es begann Anfang Juli 1945 mit dem Gründungsaufwurf für eine "Liberal-Demokratische Partei Deutschlands" in Berlin, der von den ehemaligen DDP-Ministern Wilhelm Külz und Eugen Schiffer veröffentlicht wurde. Allerdings stellte diese Gründung einen Sonderfall dar, da sie im Gegensatz zu den Gründungsaktivitäten in den Westzonen von Anfang an auf die Bildung einer gesamtdeutschen Partei vom alten Zentrum Berlin aus zielte. Im Herbst 1945 organisierten sich auch wieder die Liberalen in der britischen (West- und Norddeutschland) und amerikanischen Zone (Süddeutschland einschließlich Hessens). Am meisten verzögerte sich die Neubildung von Parteien überhaupt im von Frankreich besetzten Südwesten, wo die Besatzungsmacht den geringsten Spielraum für eine politische Betätigung der Deutschen ließ.

Der nächste Schritt war der regionale Zusammenschluß. Auch hier ging die Sowjetzone voran, denn die Berliner LDP wurde unmittelbar nach ihrer Gründung für die gesamte sowjetische Besatzungszone zugelassen. Im Laufe des Herbstes und Winters entstanden dann für die fünf Länder dieser Zone sowie für Berlin eigene liberale Landesverbände, die dann am 3. Februar 1946 in Weimar erstmals unter dem Signum der LDP gemeinsam tagten. Vorsitzender des Zoneverbandes wurde der frühere DDP-Politiker Wilhelm Külz, der schon in der Weimarer Republik als Reichsinnenminister und

Oberbürgermeister von Dresden führende Positionen bekleidet hatte. Hinter dem Vorpreschen der Berliner stand aber auch ein Anspruch, für alle Liberale in Deutschland zu sprechen und von Berlin aus die Wiederbelebung des organisierten Liberalismus zu leiten. Dementsprechend gehörten die ostzonalen Liberalen damals zu den vehementesten Verfechtern einer Wiedervereinigung Deutschlands. Diese Anläufe zu einer zentral gesteuerten gesamtdeutschen Parteigründung scheiterten aber bald sowohl an den mangelhaften Kommunikationsverbindungen als auch an der restriktiven Zulassungspraxis der Besatzungsmächte für politische Parteien.

Ein wichtigerer Bezugspunkt als die selbsternannte "liberale Reichsleitung" in Berlin wurden für die Liberalen in den Westzonen die neuen, von den Siegermächten geschaffenen Länder. Diese waren meist neue politische Gebilde, entstanden 1945/46 zum Teil aus der Konkursmasse des nun durch die Alliierten aufgelösten Preußen (Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Schleswig-Holstein), teilweise auch durch Zusammenschluss verschiedener kleinerer Staaten wie Rheinland-Pfalz - und später - Baden-Württemberg, das jetzt noch in drei Staaten aufgeteilt war. Einige von ihnen, insbesondere natürlich Bayern und die beiden norddeutschen Stadtstaaten, hatten aber auch schon vor 1933 als eigene staatliche Einheiten existiert. In einigen dieser neuen Länder nahmen Liberale auf Anordnung der Alliierten politische Schlüsselpositionen ein. So wurde Reinhold Maier, schon vor 1933 württembergischer Minister, von den Amerikanern zum Ministerpräsidenten von Nordwürttemberg-Nordbaden ernannt. Seit der Jahreswende 1945/46 entstanden überall analog zu den neuen Ländern liberale Landesparteien; zunächst in Württemberg-Baden die "Demokratische Volkspartei", in Hessen die "Liberaldemokratische Partei" und in Niedersachsen-Hannover eine "Demokratische Union", der sich später auch die Liberalen in Oldenburg und Braunschweig anschlossen. Einige Monate darauf erfolgte die Gründung der "Freien Demokratischen Partei" in Bayern und der "Demokratischen Volkspartei" für Württemberg- Hohenzollern. Auf Schwierigkeiten stieß die Bildung liberaler Landesparteien in Schleswig-Holstein und vor allem in Rheinland-Pfalz, wo dieser Schritt erst im Frühjahr 1947 vollzogen werden konnte. Abweichend hiervon verlief die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen. Zwar bestanden schon im Herbst 1945 überregionale Verbände für die ehemaligen preußischen Provinzen Westfalen und

Rheinland. Ehe sie sich jedoch zu einer Landespartei zusammenschlossen, hob man Anfang 1946 in Opladen unter der Führung des Syker Landrates Wilhelm Heile und des Essener Bankiers Franz Blücher einen Verband für die gesamte britische Zone aus der Taufe, dem auch die niedersächsischen und Hamburger Liberalen angehörten. Erst im Mai 1947 kam es dann zur Gründung einer Freien Demokratischen Partei für das Land Nordrhein-Westfalen.

Bei den ersten Landtagswahlen in den Westzonen erreichten die verschiedenen liberalen Parteien Ergebnisse zwischen 5 und 20 Prozent. Am besten schnitten sie im Südwesten, in Hessen und in den Hansestädten ab, dagegen wurde in Schleswig-Holstein der Einzug in den Landtag knapp verfehlt. Fast überall konnten sich die Liberalen als dritte Partei hinter der SPD und der neu gegründeten Christlich-Demokratischen-Union etablieren.

Noch bessere Resultate erzielte allerdings die LDP in der sowjetisch besetzten Zone. Bei den Gemeinderatswahlen im September 1946 kam sie auf 21 Prozent der Stimmen, bei den Land- und Kreistagswahlen einen Monat später auf fast 25 Prozent. Sie war damit sogar noch etwas stärker als die Ost-CDU. Wenn auch die SED, zu der die Sozialdemokraten mit den Kommunisten zwangsvereinigt worden waren, mit knapp 48 Prozent weit vorn lag, so war dies doch ein sehr achtbares Ergebnis, gerade wenn man die in der Sowjetzone herrschenden Rahmenbedingungen berücksichtigt. Die sowjetische Militäradministration hatte nämlich die SED im Wahlkampf ganz massiv begünstigt und den beiden bürgerlichen Parteien jede Menge Steine in den Weg gelegt. Das überraschend gute Abschneiden der LDP war wohl vornehmlich auf ihren für liberale Parteien ungewöhnlich hohen Organisationsgrad - im April 1946 verfügte sie bereits über mehr als 100 000 und Mitte 1947 über 170 000 Mitglieder - und ihre gut funktionierende Parteipresse, an deren Spitze der in Berlin erscheinende "Morgen" stand, zurückzuführen.

Mit der Gründung der Zonenverbände im Westen und im Osten war der Weg zu überregionalen Zusammenschlüssen offen, zumal die Süddeutschen bald nachfolgten. Ende September 1946 entstand ein Zonenverband für die amerikanische Zone mit Theodor Heuss als Vorsitzendem. Gleichzeitig nahmen die Liberalen in den Westzonen

Kontakte mit den Liberalen im Osten auf. Ziel war die Bildung eines gemeinsamen Dachverbandes. Nach langwierigen Verhandlungen ging daraus schließlich im März 1947 die "Demokratische Partei Deutschlands" hervor, deren gleichberechtigte Vorsitzende Theodor Heuss und Wilhelm Külz wurden. Doch die politische Großwetterlage war diesem einzigen Anlauf zu einer gesamtdeutschen Partei nicht günstig. Der Konflikt zwischen den ehemaligen Alliierten verschärfte sich, und im sowjetischen Teil wurde Druck auf die bürgerlichen Parteien ausgeübt, damit diese mit der SED zusammengingen. Als die LDP-Führung diesem Druck nachgab und sich der von der SED gesteuerten "Volkskongress"-Kampagne anschloss, zerbrach die liberale Dachorganisation Anfang 1948, womit auch die liberalen Hoffnungen, zumindest als Partei die Einheit Deutschlands wahren zu können, erloschen waren.

In der Folgezeit verringerte sich der politische Spielraum der LDP in der sowjetischen Besatzungszone immer mehr, vor allem nachdem ihre allgemein anerkannte Führungspersönlichkeit Wilhelm Külz im April 1948 gestorben war. Seine unmittelbaren Nachfolger im Parteivorsitz, Hermann Kastner und Karl Hamann, versuchten zwar noch möglichst viel an liberalem Gedankengut in den sich abzeichnenden ostdeutschen Teilstaat hinüber zu retten. Auf ihrem Parteitag in Eisenach Ende Februar 1949 gab sich die LDP noch ein auf der liberal-demokratischen Tradition basierendes Grundsatzprogramm. Doch dieser Kurs war angesichts des immer stärker werdenden Drucks von Seiten der sowjetischen Militäradministration und der neuen Staatspartei SED auf Dauer nicht durchzuhalten: Viele aufrechte Liberale, die sich dem Machtwillen der SED widersetzen, wurden verfolgt; viele von ihnen mussten in den Westen fliehen, andere landeten im Gefängnis oder verschwanden in sibirischen Lagern, einige von ihnen wie Arno Esch und etliche seiner Mitstreiter in Rostock oder der Jenenser Studentenpolitiker Franz Hammer mussten sogar ihr Engagement mit dem Tod bezahlen. Trotz erheblichen Widerstandes wurde die LDP mit der Übernahme des Parteivorsitzes durch Hans Loch 1952 endgültig gleichgeschaltet. Unter ihm sowie unter seinen Nachfolgern Max Suhrbier (von 1960-1967) und Manfred Gerlach (Parteivorsitzender von 1967-1989) agierte die LDP nicht mehr als eigenständige politische Kraft, sondern nur noch als ein vermeintliches bürgerliches Feigenblatt für die Diktatur der SED, das als „Transmissionsriemen“ die verbliebenen bürgerlichen Kreise

in den „real existierenden Sozialismus“ überleiten sollte. Wie jedoch die Stimmungsberichte von der LDPD – so das Parteikürzel seit Oktober 1951 – zeigen, ist die allenfalls zum Teil gelungen; gerade unter den einfachen Mitgliedern blieben noch lange Jahre gewisse liberale Orientierungsmuster bestehen, die natürlich nicht nach außen dringen durften.

Angesichts dieser Entwicklung und nachdem auch die Westmächte die Weichen auf einen eigenen westdeutschen Staat gestellt hatten, blieb für die Liberalen im Westen Deutschlands nur noch die Option, einen Gesamtverband der Westzonen zu bilden, um auf diese Weise wenigstens Einfluss auf die Entstehung des Weststaates zu nehmen. Aber auch dieser letzte Schritt verzögerte sich noch bis Ende 1948. Am 12. Dezember 1948 vereinigten sich in Heppenheim, dem Ort, wo sich am Vorabend der Revolution von 1848 der konstitutionelle Flügel des Liberalismus getroffen hatte, die drei Westzonenparteien sowie die (West)-Berliner LDP, die inzwischen aus der ostdeutschen LDP ausgeschieden war, unter dem Namen "Freie Demokratische Partei" zu einer gemeinsamen Parteiorganisation. Die stark divergierenden Tendenzen in den einzelnen Landesverbänden verhinderten aber die Beschließung eines Grundsatzprogrammes. Deshalb wurde in Heppenheim lediglich eine Proklamation mit kurzen Stellungnahmen zu Fragen der Tagespolitik verabschiedet. Welchen Weg die neue Partei nehmen würde - ob den einer eher rechtsgerichteten Sammlungsbewegung, wie es den Nordrhein- Westfalen, Hessen und Niedersachsen vorschwebte, oder den einer liberalen Mittelpartei in der Tradition des hanseatischen und süddeutschen Liberalismus - musste erst die Zukunft erweisen. An der Spitze stand mit Theodor Heuss ein Vertreter der zweiten Konzeption. Aber im Vorstand waren die national-liberalen Elemente stark vertreten. Immerhin war mit dieser Parteigründung Ende 1948 endlich die seit über 80 Jahren währende Aufsplitterung des deutschen Liberalismus in zwei große Lager beseitigt worden.

Dieser Schritt war überfällig gewesen, denn inzwischen existierten zonenübergreifende Institutionen, mit denen den Deutschen in den Westzonen ein politisches Mitspracherecht eingeräumt wurde. In dem 1947 eingesetzten Wirtschaftsrat hatten sich die acht liberalen Vertreter, die über die Länderparlamente hier eingezogen waren,

bereits zu einer "FDP-Fraktion im Wirtschaftsrat" zusammengefunden. Sie profilierten sich hier als die konsequentesten Verfechter der Marktwirtschaft, auf ihren Vorschlag hin wurde der parteilose Ludwig Erhard zum Verwaltungsdirektor für Wirtschaft, also eine Art Wirtschaftsminister, berufen. Von dieser Position aus setzte er dann im Juni 1948 die Währungsreform in die Tat um. Damit war eine wichtige politische Vorentscheidung im Sinne der Liberalen gefallen: Es würde in Westdeutschland keine grundlegenden Änderungen der Wirtschafts- und Gesellschaftsverfassung geben, wie sie von der SPD, aber auch Teilen der CDU gefordert wurde. Vielmehr sollte die Marktwirtschaft, ein urliberales Prinzip, möglichst beibehalten werden, wobei aber nun dem Staat in gewissem Umfang die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, steuernd einzugreifen. Auf diese Weise sollte, beispielsweise durch die Förderung der Vermögensbildung oder das Verbot der Anhäufung von wirtschaftlicher Macht in Form von Kartellen und Monopolen, für eine gewisse „Zähmung“ des Kapitalismus gesorgt werden. Dieses Konzept der "sozialen Marktwirtschaft" wurde dann zum wichtigsten Motor für den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik in den fünfziger und sechziger Jahren. Nicht ohne Tragik für den deutschen Liberalismus war dabei aber, dass sich Ludwig Erhard später nicht der FDP, sondern der CDU anschloss, in der es 1948 gegen ihn als Anhänger der so genannten "neoliberalen Wirtschaftsschule" noch erhebliche Widerstände gab. Dadurch wurde aber das deutsche "Wirtschaftswunder" vornehmlich den Christdemokraten gutgeschrieben, nicht aber den Liberalen, von denen wichtige Impulse dafür ausgegangen waren.

Die nächste wichtige Stufe auf dem Weg zur Bundesrepublik bildete der "Parlamentarische Rat". In ihm waren die verschiedenen Parteien gemäß ihrer Stärke in den Länderparlamenten vertreten, die FDP - die es bei der Einsetzung des Parlamentarischen Rates im August 1948 als Gesamtpartei noch gar nicht gab - konnte fünf Vertreter in dieses Gremium entsenden. Die Liberalen stellten damit nach CDU und SPD - je 27 Vertreter - die drittgrößte Fraktion und verfügten über eine entscheidende Schlüsselstellung für die parlamentarische Mehrheitsbildung, da ansonsten nur noch Splittergruppen im Parlamentarischen Rat saßen. Anders als im Wirtschaftsrat, wo es eine klare Frontstellung zwischen CDU/FDP einerseits und der SPD andererseits gegeben hatte, verliefen die politischen Entscheidungslinien bei den

Verfassungsberatungen im Parlamentarischen Rat nicht so eindeutig. Nicht selten kam es bei zentralen Fragen wie der Konfessionsschule oder der Finanzordnung des künftigen Staates zu einem Zusammengehen der Liberalen mit der SPD. Auch wenn die liberale Fraktion nicht immer mit ihren Vorstellungen - etwa der Einsetzung eines direkt gewählten Senats als zweites Organ der Legislative neben dem Bundestag - durchdringen konnte, war doch ihr Einfluss auf die Verfassung nicht unerheblich.

Insgesamt zeugt das Grundgesetz, das am 8. Mai 1949 mit großer Mehrheit verabschiedet und am 23. Mai verkündet wurde, von der allgemeinen Anerkennung, die die zentralen Prinzipien des Liberalismus nach den leidvollen Erfahrungen des 20. Jahrhunderts in Westdeutschland fanden: Dem Grundgesetz vorangestellt wurde ein umfangreicher Katalog von Grundrechten, die von den allgemeinen Menschenrechten abgeleitet und die anders als bei der Weimarer Verfassung unaufhebbar sein sollten; zwischen den drei obersten Staatsgewalten, Legislative (Bundestag, Bundesrat), Exekutive (Bundesregierung) und Judikative (Bundesgerichte) wurde klar getrennt und die Staatsgewalt direkt oder indirekt durch die Wahlentscheidung aller Staatsbürger legitimiert. Natürlich sind in die Bestimmungen des Grundgesetzes - auf den Begriff Verfassung verzichtete man im Hinblick auf eine spätere gesamtdeutsche Konstitution - viele Erfahrungen aus den beiden Jahrzehnten vor 1945 eingeflossen, etwa bei der rein repräsentativen Funktion des Staatsoberhauptes oder bei der Fünf-Prozent-Hürde oder bei dem Verzicht auf direkte Beteiligung der Bürger an der Gesetzgebung in Form von Plebisziten. Trotzdem stand und steht das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland vollkommen in der langen Tradition der liberalen Verfassungslehre. Allerdings war diese nun, wie der Entstehungsprozess des Grundgesetzes ganz deutlich zeigte, nicht mehr das Monopol einer einzigen Partei oder politischen Richtung, sondern hatte zu einem großen Teil Eingang in die politische Programmatik und Praxis aller demokratischen Parteien gefunden. Dieser Umstand erklärt zugleich, warum in der Wählerschaft der Bundesrepublik und zugleich bei den politischen Kommentatoren häufig die Notwendigkeit einer liberalen Partei nicht mehr so zwingend erschienen ist, denn die wichtigsten Verfassungsforderungen des Liberalismus sind mit dem Grundgesetz Realität geworden und heute kaum noch umstritten.

Der Wahlkampf für den ersten deutschen Bundestag im Sommer 1949 drehte sich dann folgerichtig auch weniger um allgemeine Verfassungsfragen als vielmehr um die Wirtschaftspolitik. Der liberale Kurs in der Wirtschaftspolitik, wie ihn Ludwig Erhard, die FDP und Teile der CDU vertraten, wurde weiterhin von der Sozialdemokratie in Frage gestellt. Hier nun konnten sich die Liberalen als eindeutige Partei der Marktwirtschaft profilieren, während die Linie der CDU, bedingt durch den starken Einfluss ihres linken, aus der katholischen Arbeiterbewegung hervorgegangenen Flügels, doch mitunter recht undeutlich blieb. Dies sowie die voranschreitende Konsolidierung der Parteiorganisation bescherten der FDP bei den Bundestagswahlen am 14. August 1949 im Vergleich zum Durchschnitt der Landtagswahlergebnisse einen nicht unerheblichen Zugewinn. Mit ihrem Anteil von 11,9 Prozent schickte die Partei 52 Abgeordnete in den Bundestag. Dies war, zieht man die desolante Situation am Ende der Weimarer Republik in Betracht, eine sicherlich erstaunliche Wiedergeburt des organisierten Liberalismus in (West)-Deutschland.

2. Zwischen Westintegration und Kaltem Krieg 1949-1966

Obwohl die beiden großen Parteien (CDU 31 Prozent, SPD 29 Prozent) etwa gleich stark in den Bundestag eingezogen waren, gab es für die FDP im Grunde genommen nach der Bundestagswahl 1949 nur eine Koalitionsmöglichkeit. Die tief greifenden Meinungsunterschiede in der Wirtschaftspolitik schlossen ein Zusammengehen mit der SPD, das in manchen Ländern zustande gekommen war, aus. Nachdem sich auch in der CDU/CSU die Befürworter einer kleinen Koalition der bürgerlichen Parteien gegen die Anhänger einer großen Koalition durchgesetzt hatten, war der Weg frei für eine Regierung von CDU/CSU, FDP und der rechtsgerichteten Deutschen Partei. Mit knapper Mehrheit wurde Konrad Adenauer, Vorsitzender der rheinischen CDU und ehemaliger Kölner Oberbürgermeister, zum ersten Bundeskanzler gewählt. Auf ihn hatte man sich vor allem deshalb geeinigt, weil er damals schon 73 Jahre alt - lediglich eine Übergangslösung schien. Ironischerweise wurde der "Alte", wie man ihn bald zu nennen pflegte, in der Regierungszeit (gut 14 Jahre) bislang nur ein einziges Mal, von Helmut Kohl (16 Jahre), übertroffen.

Die FDP erlangte in der ersten Nachkriegsregierung keine Ämter, die für die Öffentlichkeit zentrale Bedeutung hatten: Thomas Dehler wurde Justizminister, Eberhard Wildermuth Wohnungsbauminister und Franz Blücher war als Minister zuständig für Fragen des Marshallplanes, also der amerikanischen Hilfe für den Wiederaufbau. Zugleich bekleidete er als neuer Parteivorsitzender der FDP das Amt des Vizekanzlers, dessen Bedeutung aber völlig überschätzt wurde, da Adenauer keinerlei Gelegenheit zu einer Stellvertretung zuließ. Ein beträchtliches Handicap für die FDP in der ersten Nachkriegsregierung war, dass ihre ausstrahlungskräftigste Persönlichkeit, Theodor Heuss, am 9. September 1949 zum ersten Bundespräsidenten gewählt wurde und damit aus der Tagespolitik ausschied. Dies war zwar für die Bundesrepublik ein Glücksfall, aber weniger für die FDP: Als populäres Staatsoberhaupt hatte Heuss zwar entscheidenden Anteil daran, dass der neue Staat immer mehr von der Bevölkerung akzeptiert wurde, aber er wurde zu einer Symbolfigur des liberalen Staates und nicht mehr der liberalen Partei.

Das Schicksal der jungen Regierungskoalition hing weitgehend davon ab, ob es ihr gelingen würde, die infolge des Krieges ungeheuren wirtschaftlichen Probleme in den Griff zu bekommen. Hierbei kam der Regierung Adenauer ein durch den Krieg in Korea ausgelöster, weltweiter Wirtschaftsaufschwung, von dem vor allem die deutsche Schwerindustrie profitierte, zugute. Die Industrieproduktion, die Ende 1949 wieder den Stand von 1936 erreicht hatte, wuchs bis Mitte 1953 um 60 Prozent, dadurch konnte die Zahl der Arbeitsplätze erheblich gesteigert und die Arbeitslosenrate von über 10 Prozent (1949/50) auf 5,5 Prozent (Sommer 1953) halbiert werden. In der gleichen Zeit stiegen nun auch die Löhne schneller als die Preise, so dass am Wirtschaftsaufschwung auch immer größere Teile der Bevölkerung partizipierten. Diese Entwicklung bot der Regierung eine hervorragende Ausgangsposition für die Bundestagswahlen von 1953, aber nur die CDU/CSU konnte daraus mit einem Zugewinn von 14 Prozent (!) Kapital schlagen. Neben Adenauers Selbstdarstellungskünsten als Regierungschef und dem Ansehen Ludwig Erhards als Vater des Wirtschaftswunders verblasste der liberale Anteil an diesem Erfolg, die FDP verlor über 2 Prozent. Die Zusammenarbeit der Liberalen mit Adenauer schien einen ähnlichen Verlauf zu nehmen wie im vorigen Jahrhundert die Kooperation der Nationalliberalen mit Bismarck.

Dieser Stimmenrückgang war zum Teil aber auch selbst verschuldet. Denn die FDP wurde zu Beginn der fünfziger Jahre von schweren innerparteilichen Auseinandersetzungen erschüttert: Die tief greifenden Unterschiede über den Weg der Partei, die in Heppenheim nur notdürftig überbrückt worden waren, traten offen zu Tage. Höhepunkt dieser Auseinandersetzungen war der Parteitag in Bad Ems im November 1952. Dort lagen zwei verschiedene Entwürfe für ein Grundsatzprogramm der Partei vor: Das eine stammte aus Nordrhein-Westfalen und verstand sich als "Aufruf zur nationalen Sammlung". Dieses "Deutsche Programm" bekannte sich zwar durchaus sinngemäß zu den zentralen Prinzipien des Liberalismus - der Begriff selbst wurde hier nicht verwendet -, stellte aber eindeutig die Wiederaufrichtung des "Deutschen Reiches" als der "überlieferten Lebensform unseres Volkes" in den Mittelpunkt. Anstößig war vor allem, dass das "Deutsche Programm" völlig über die Grauen der

nationalsozialistischen Diktatur schwieg, aber lautstark die "Wiedergutmachung des an den Deutschen begangenen Unrechts" forderte. Diesem stark rechtslastigen Entwurf stellte der Landesverband Hamburg ein eigenes "Liberales Manifest" entgegen, das nun seinerseits die "Sammlung aller liberalen Kräfte" zum "Gebot der Stunde" erklärte und sich zum "demokratischen Staat" und gegen "jeden Radikalismus von links und rechts" bekannte. Der Kampf zwischen "schwarz-weiß-rot" und "schwarz-rot-gold" wurde in Bad Ems nicht entschieden, die Partei blieb weiter ohne Grundsatzprogramm. Anfang 1953 wurden dann jedoch in Nordrhein-Westfalen von der britischen Besatzungsmacht Versuche ehemaliger Nationalsozialisten zur Unterwanderung des dortigen FDP-Landesverbandes aufgedeckt, was den rechten Parteiflügel insgesamt schwächte. Ergebnis dieser innerparteilichen Kräfteverschiebung war die Wahl Thomas Dehlers zum Parteivorsitzenden im März 1954 als Nachfolger des blassen Franz Blücher.

Dieser Wechsel sollte gleichzeitig auch demonstrieren, dass die FDP nun Wert auf mehr Abstand zur CDU legte. Denn Dehler gehörte inzwischen dem Kabinett nicht mehr an und war auf Distanz zu Kanzler Adenauer gegangen. Nach der Bundestagswahl von 1953 war die FDP erneut eine Koalition mit der CDU eingegangen, obwohl im neuen Bundestag diese allein schon mit der von ihr abhängigen DP über die Mehrheit der Sitze verfügte. Aber Adenauer wollte für seine Außenpolitik und in der Frage der Wiederbewaffnung eine breite Mehrheit haben und war der FDP insofern entgegengekommen, als er ihr noch ein viertes Ministerium (für Mittelstandsfragen) eingeräumt hatte.

Dennoch wuchs die Spannung im Verhältnis zwischen den Koalitionspartnern. Die Bedenken auf FDP-Seite gegen Adenauers Kurs rührten vor allem von der Deutschlandfrage her. Zwar unterstützte man Adenauers Bemühungen um die Integration der Bundesrepublik in das westliche Bündnis, aber zugleich wuchsen die Zweifel, ob daraus auch automatisch, so wie der Bundeskanzler es immer wieder versprach, die Wiedervereinigung Deutschlands hervorgehen würde. Kritisiert wurde vor allem Adenauers einseitige Orientierung nach Westen hin, die der Situation Deutschlands nicht gerecht werden würde, wie Thomas Dehler ausführte: "Unser Land liegt in der Mitte der Völker Europas. Es lässt sich auch daher nicht

Verkehrsvorschriften aufnötigen, die aus seiner Außenpolitik eine Einbahnstraße machen." Ein weiterer Stein des Anstoßes war Adenauers große Nachgiebigkeit gegenüber Frankreich in der Saarfrage. Das ausgehandelte Saarstatut wurde von der FDP im Bundestag abgelehnt. Diese Haltung entsprach der allgemeinen Stimmung in der Bevölkerung, denn auch die Saarländer verwarfen mit großer Mehrheit einen übernationalen Status des Saarlandes und votierten in einer Volksabstimmung für den Anschluss an die Bundesrepublik. Auch innenpolitisch tauchten nun zunehmend Differenzen auf. Adenauers Politik lief darauf hinaus, die CDU/CSU zur einzigen bürgerlichen Partei zu machen. Die FDP musste befürchten, allmählich wie die anderen kleinen Parteien im Mitte-Rechts-Spektrum von dem großen Koalitionspartner aufgesogen zu werden. Ganz deutlich wurde diese Absicht der Christdemokraten mit der Vorlage eines neuen Wahlgesetzes, demzufolge die Mehrzahl der Bundestagsmandate durch die Direktwahl in den Wahlkreisen vergeben werden sollte. Dieses so genannte "Grabenwahlrecht" hätte praktisch das Aus für alle kleinen Parteien bedeutet. Die FDP reagierte postwendend: Um dieses neue Wahlrecht im Bundesrat zu Fall zu bringen, wurde die CDU-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen gestürzt und durch eine SPD/FDP-Koalition ersetzt. Drahtzieher dieses Coups vom Februar 1956 waren die so genannten "Jungtürken", ein Kreis jüngerer Landtagsabgeordneter der FDP um Willi Weyer und Walter Scheel.

In der Bundestagsfraktion war das Echo darauf geteilt. Die Mehrheit der Abgeordneten begrüßte ebenso wie der Partei- und Fraktionsvorsitzende Dehler diese Kampfansage an Adenauer. Die vier FDP-Vertreter im Kabinett jedoch, darunter auch der ehemalige Parteivorsitzende Blücher, entschieden sich dagegen für die Regierung und verließen mit zwölf weiteren Abgeordneten die Bundestagsfraktion. Sie gründeten kurz darauf eine neue Partei, die "Freie Volkspartei", der jedoch trotz massiver Unterstützung durch Adenauer kein Erfolg beschieden war und die deshalb bald mit der rechtsgerichteten Deutschen Partei fusionierte. Die FDP dagegen stand zunächst in Opposition zur Regierung.

Entgegen der allgemeinen Erwartung wirkte sich die Abspaltung des konservativen Ministerflügels für die Partei selbst eher positiv als negativ aus. Jetzt bot sich für die FDP die Chance, ihre Rolle im Parteiensystem unabhängig von dem Eingebundensein

in die Regierungspolitik neu zu bestimmen und endlich auch zu innerer Geschlossenheit zu finden.

Zunächst versucht man deutschlandpolitisch neue Wege zu gehen und zwar mittels „alter Kontakte“. Einige nordrhein-westfälische FDP-Politiker sondierten im Einverständnis mit dem Parteivorsitzenden Dehler Möglichkeiten, mit der ostdeutschen LDPD ins Gespräch zu kommen. Im Juli und Oktober 1956 kam es in Garmisch und Weimar zu Gesprächen zwischen hochrangigen Frei- und Liberaldemokraten, die nach bekannt werden erhebliches Aufsehen erregten. Dieser Versuch, den alten gesamtdeutschen Faden der Liberalen wieder aufzunehmen scheiterte aber schnell an zweierlei: Zum einen war die LDPD-Führung um den Parteivorsitzenden Hans Loch und Generalsekretär Manfred Gerlach längst nicht mehr allein entscheidungsfähig. Bereits 1952 hatte sie offiziell dem von der SED propagierten „Aufbau des Sozialismus“ zustimmen müssen, kurz darauf war ihr Co-Vorsitzender Karl Hamann verhaftet worden. Überhaupt unterlag die Partei einer Säuberungswelle bzw. Ausdünnung der Flucht in den Westen, wo viele politische Talente aus der LDPD die FDP bereicherten, z. B. Wolfgang Mischnick, Hans-Dietrich Genscher oder Karl-Hermann Flach. Zwar stießen die Kontakte zur FDP bei der LDPD-Basis auf große Zustimmung, das man sich über die Deutschlandpolitik Verbesserung für die eigene Situation erhoffte, aber sie konnten nur unter strenger Kontrolle der SED stattfinden und wurden von dieser gesteuert. Obendrein beendeten der Ungarn-Aufstand und dessen blutige Niederschlagung durch sowjetische Truppen kurz darauf das kurze „Tauwetter“ der Entstalinisierung im sowjetischen Machtbereich und verhärtete erneut die Fronten im Ost-West-Konflikt.

Nach der Aufgabe der deutschlandpolitischen Sonderwege konnte die FDP auf dem Berliner Parteitag Anfang 1957, wo ein Grundsatzprogramm verabschiedet wurde, Eintracht demonstrieren. Dem maßgeblich von Karl-Hermann Flach erarbeiteten "Berliner Programm" lag erstmals das Konzept einer "Dritten Kraft" neben SPD und CDU/CSU zugrunde: "Die Freie Demokratische Partei strebt auf allen Lebensgebieten die Sicherung der Freiheit des Menschen zu verantwortlichem Handeln an. Aus sozialer Verantwortung lehnt sie den Marxismus und sozialistische Experimente ab, ebenso aus

christlicher Verantwortung den Missbrauch der Religion im politischen Tageskampf." Als Grundelemente liberaler Politik nannte das Programm den "liberalen Rechtsstaat", die "freie Marktwirtschaft" und die "friedliche Wiedervereinigung". Erst mit diesem Berliner Parteitag wurde die FDP zu einer Partei, die mehr war als lediglich ein loser Zusammenschluss von Landesparteien.

Die neue Geschlossenheit forderte aber auch Opfer. Thomas Dehler, der entscheidenden Anteil an der Rückbesinnung auf die liberalen Werte und am neuen, eigenständigen Profil der FDP hatte, aber mitunter seinen Konfrontationskurs gegen den Regierungschef einerseits und die Gewerkschaften andererseits übertrieb, musste den Parteivorsitz an Reinhold Maier abtreten. Von Maier, dem bisher einzigen liberalen Ministerpräsidenten eines westlichen Bundeslandes – in der SBZ hatte der Liberaldemokrat Erhard Hübener an der Spitze Sachsen-Anhalts gestanden -, wurde allgemein eine größere innerparteiliche Integrationsfähigkeit und mehr Anziehungskraft auf potentielle Wähler erwartet. Während er in Bezug auf ersteres die Erwartungen erfüllte, konnte er der zweiten Anforderung nur teilweise gerecht werden. Bei der Bundestagswahl von 1957 ging der Siegeszug der CDU/CSU, die nun völlig auf den Kanzlerbonus setzte, weiter. Mit 50,2 Prozent erreichte sie erstmals allein die absolute Mehrheit. Auch die SPD konnte leichte Gewinne verbuchen, Wahlverlierer waren die kleineren Parteien, von denen die FDP nur noch 7,7 Prozent erreichte. Dabei hatte sie als einzige Fraktion gegen die von Adenauer und großen Teilen der CDU favorisierten und von der SPD mitgetragene „dynamischen Rente“ widersetzt. Die Probleme, die diese damals vielfach bejubelte Maßnahme aufwarf, wurden allerdings erst Jahrzehnte später allseits erkennbar. Nunmehr waren die Liberalen, da die DP nur noch als Anhängsel der CDU den Wiedereinzug ins Parlament geschafft hatte, als einzige von ehemals acht kleineren im Bundestag vertretenen Parteien übrig geblieben. Das Wahlergebnis enthob die Parteiführung auch der Frage, ob man mit Adenauer eine Koalition eingehen sollte. Die gesamte Legislaturperiode saß die FDP in Opposition. Am Ende dieser Phase stand aber nicht, wie viele befürchtet hatten, das politische Aus, sondern ein geradezu glänzendes Comeback. Die FDP gewann bei den nächsten Bundestagswahlen 1961 über 5 Prozent hinzu und konnte nun mit 12,8 Prozent der Stimmen 68 Abgeordnete in den Bundestag entsenden. Wie war es zu diesem Erfolg

der deutschen Liberalen - ihrem bisher größten nach dem 2. Weltkrieg - gekommen, der ja zudem noch aus der Opposition heraus erzielt wurde?

Zunächst einmal hatte die Bundespartei erhebliche organisatorische Fortschritte gemacht. Unter der Führung von Karl-Hermann Flach war die Bundesgeschäftsstelle zu einem leistungsfähigen Apparat umgewandelt worden, was sich vor allem im Wahlkampf 1961 auszahlte. Sodann hatte man versucht, in der Deutschlandpolitik neue Wege einzuschlagen. Kontakte zur ostzonalen LDP, die inzwischen immer mehr in das Fahrwasser der SED geraten war und deren Politik kritiklos mitrug, scheiterten nach 1956 an der politischen Großwetterlage, die von der Niederschlagung des Ungarn-Aufstandes durch sowjetische Truppen bestimmt wurde. Trotzdem machte die FDP weiter Vorschläge, wie die verhärteten Fronten zwischen Ost und West und die Sackgasse in der Deutschen Frage zu überwinden seien. Anfang 1959 legte die Bundestagsfraktion einen "Deutschlandplan" vor, der unter dem Motto „Wiedervereinigung durch Friedensvertrag" eine Wende in die verfahrenere „Wiedervereinigungsdebatte" bringen sollte: Das Ziel der deutschen Einheit, an dem die Partei festhielt, sollte nun nicht mehr im Zuge eines einfachen Anschlusses der mittel- und ostdeutschen Gebiete an die Bundesrepublik, so wie es Adenauers Konzept „einer Politik der Stärke" vorsah, erreicht werden, sondern im Rahmen eines „europäischen Sicherheitssystems". Der Sowjetführung sollte dabei weit entgegen gekommen werden, indem das wiedervereinigte Deutschland keinem Militärblock angehören und Mitteleuropa frei von Atomwaffen sein sollte. Doch diese Initiative kam zu spät, anders als zu Beginn der fünfziger Jahre hatten die Russen nun offenkundig kein Interesse mehr an einer Einheit Deutschlands. Der Deutschlandplan zeigte aber eine deutliche Alternative zur starrsinnigen Deutschlandpolitik der Regierung Adenauer, die immer mehr in einer Sackgasse gelandet war. Vor allem aber lösten die innen- und außenpolitischen Reaktionen auf den „Deutschlandplan" bei vielen Liberalen einen Denkprozess aus, der schließlich zu völlig neuen Konzeptionen in der Ostpolitik führte.

Adenauer, der große Wahlsieger von 1957, hatte aber auch auf anderen Gebieten politische Schwächen erkennen lassen. Sein Taktieren bei der Nachfolge des populären Bundespräsidenten Heuss 1959 und sein verbissener, zum Teil unfairer Kampf gegen

den populärsten Politiker seiner Regierung, Ludwig Erhard, kosteten ihn zahlreiche Sympathien. Dennoch stellte die CDU den nunmehr 85jährigen 1961 wieder als Kanzlerkandidaten auf, während sowohl die SPD mit Willy Brandt als auch die FDP mit Erich Mende weit jüngere Spitzenkandidaten ins Rennen schickten. Mende, seit Anfang 1960 Parteivorsitzender, führte einen gut geplanten Wahlkampf, indem er einerseits - mit einem berühmt gewordenen Wahlplakat - die FDP in die Tradition des Liberalismus Heuss'scher Prägung stellte und andererseits für eine Koalition "mit der CDU, aber ohne Adenauer" sich aussprach. Der Lohn war ein sensationeller Zugewinn von über fünf Prozent, während die CDU/CSU etwa im gleichen Umfang Wähler verlor.

Doch unmittelbar nach der Wahl wurde dieser Erfolg in den Augen vieler wieder zu einem guten Teil verspielt. Denn werbewirksam die Parole nach dem Amtsverzicht Adenauers aufzustellen und sie dann auch in die Tat umzusetzen, waren zwei verschiedene Dinge. Adenauer war zum Weitermachen entschlossen und setzte sein gesamtes taktisches Können dazu ein. Entscheidend war dann, dass sich in der CDU/CSU, bei der zahlreiche führende Persönlichkeiten mehr oder minder offen die Forderung der FDP begrüßt und insgeheim ihre Unterstützung zugesagt hatten, keiner fand, der den Mut zum "Königsmord" hatte. Da kein anderer CDU/CSU-Politiker für das Kanzleramt antreten wollte, wurde Adenauer auch mit den Stimmen der FDP erneut zum Regierungschef gewählt, musste aber zugleich seinen Rücktritt zur Mitte der Amtsperiode versprechen. Seinem Kabinett gehörten jetzt vier liberale Minister an, darunter Walter Scheel als Minister für Entwicklungshilfe und Wolfgang Mischnick als Vertriebenenminister. Erich Mende stand jedoch zu seinem Wahlversprechen und ging nicht in das Kabinett Adenauer. Dennoch war die Glaubwürdigkeit der FDP in der Öffentlichkeit nach diesem "Umfall" stark angekratzt, obwohl noch ganz andere vor Adenauer "umgefallen" waren.

Bei der "Spiegelaffäre" im Herbst 1962 stellte die FDP ihre Standhaftigkeit unter Beweis. Wegen angeblichen Landesverrates gingen Polizei und Staatsanwaltschaft gegen das Nachrichten-Magazin "Der Spiegel" vor. Die Redaktionsräume wurden durchsucht und Redakteure festgenommen; nachgewiesen werden konnte aber gar nichts. Hinter der Aktion gegen das der CDU wenig gewogene Presseorgan steckte in erster Linie Verteidigungsminister Franz Josef Strauß, der "etwas außerhalb der

Legalität" (Hermann Höcherl) und unter Umgehung des zuständigen Justizministers Stammler (FDP) einen „Spiegel“-Mitarbeiter sogar bis ins franquistische Spanien verfolgen ließ. Diese außerordentliche Verletzung des Rechtsstaates wollte die FDP nicht ohne weiteres hinnehmen, ihre Minister traten zurück, wobei auch die Gefahr eines Koalitionswechsels der CDU hin zur SPD in Kauf genommen wurde. Schließlich lenkte Adenauer ein, der Verteidigungsminister musste seinen Hut nehmen, wodurch das Verhältnis des bayerischen Politikers zum organisierten Liberalismus auf Dauer stark belastet wurde.

In der Mitte der Legislaturperiode konnte die FDP endlich ihr Wahlversprechen einlösen. Nach 14 Jahren im Kanzleramt machte Adenauer, der in seiner Jugend noch den Reichskanzler Bismarck erlebt hatte, dem Wunschkandidaten der FDP, Ludwig Erhard, Platz. Nun trat auch Erich Mende als Minister für gesamtdeutsche Fragen und Vizekanzler ins Kabinett ein. Aber die Erwartungen auf liberaler Seite an die Zusammenarbeit mit dem populären Wirtschaftsfachmann erfüllten sich nicht: Erhard gegenüber fiel die Profilierung der FDP viel schwerer als gegenüber dem autokratischen Regierungsstil seines Vorgängers. Bei den nächsten Bundestagswahlen 1965 sackte die FDP dann auch auf 9,5 Prozent der Stimmen ab, während der Koalitionspartner CDU 2,5 Prozent und die oppositionelle SPD über drei Prozent hinzugewannen. Auf der anderen Seite zeigte Erhard immer größere Schwächen hinsichtlich seiner Fähigkeiten, eine Regierung zu führen, und büßte vor allem in seiner eigenen Partei an Rückhalt ein. Schließlich veränderte sich noch die allgemeine Wirtschaftslage. Das Wirtschaftswachstum war Mitte der 1960er-Jahre weit geringer als in der Boom-Phase des Jahrzehnts zuvor, dafür kletterte nun die Inflationsrate. Für den Etat 1967 tat sich obendrein eine Deckungslücke auf, über deren Ausgleich es zwischen den Regierungspartnern Meinungsverschiedenheiten gab. Die FDP hatte sich öffentlich gegen eine Steuererhöhung festgelegt und machte dieses Problem zur Koalitionsfrage. In der CDU/CSU waren unterdessen die Würfel gegen Erhard und für eine Große Koalition mit der SPD gefallen, so dass sich die Liberalen plötzlich auf den Oppositionsbänken wieder fanden. Mit dem Kabinett Kiesinger/Brandt, das Ende 1966 vom Bundestag gewählt wurde, machten ausgerechnet die Konservativen die Sozialdemokraten auch auf Bundesebene "regierungsfähig". Die Epoche der

"bürgerlichen Mehrheit", die die Politik der Bundesrepublik in den ersten Nachkriegsjahrzehnten entscheidend bestimmt hatte, war vorüber. Für die FDP bedeutete dies vor allem, dass sie nun - zumindest vorerst - nicht mehr auf die Werbewirksamkeit des "liberalen Korrektivs" innerhalb des "bürgerlichen" Lagers setzen konnte, mit dem sie bisher zumeist ihre politische Notwendigkeit hatte begründen können. Vielmehr wuchs in der neuen Konstellation die Gefahr, zwischen den beiden großen Parteiblöcken zerrieben zu werden. Die FDP musste sich also zwangsläufig eine neue Rolle suchen. Angesichts des bisherigen Selbstverständnisses der Partei war es zweifelhaft, ob sie in der Opposition zu CDU und SPD zugleich zu einer neuen Identität finden konnte.

3. Suche nach neuen Wegen 1967-1973

Die Jahre 1967 bis 1969 bedeuteten für die deutschen Liberalen eine der schwierigsten Epochen in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, deren Erfahrungen sich tief in das Gedächtnis aller Beteiligten einprägten. Zu diesen leidvollen Erfahrungen trug nicht allein der Tatbestand bei, dass sich die FDP in Opposition zur Bundesregierung befand. Das hatte sie auch schon zwischen 1956 und 1961 getan. Viel schlimmer wirkten sich aber die Rahmenbedingungen für die Oppositionsrolle aus: Im Bundestag stand nämlich den 50 oppositionellen liberalen MdBs ein Block von über 450 Abgeordneten der CDU/CSU und SPD gegenüber. Der parlamentarische Handlungsspielraum der FDP-Fraktion war völlig eingeschränkt. Sie verfügte über keine Sperrminorität und war zudem vom Informationsfluss weitgehend abgeschnitten. Schließlich drohte - wie schon einmal - eine Wahlrechtsänderung. Die Große Koalition war mit dem Ziel angetreten, durch die Einführung eines Mehrheitswahlrechts nach englischem Muster den kleinen Parteien, das heißt natürlich in erster Linie der FDP, endgültig den Garaus zu machen. Obwohl die Große Koalition die wirtschaftlichen Probleme erstaunlich schnell in den Griff bekam, fand sie in der Bevölkerung keinen ungeteilten Beifall. Eine zweifache Protestbewegung kam auf. Der eine Ausgangspunkt waren die Universitäten, wo eine breite, stark marxistisch beeinflusste Studentenbewegung entstand, die sich selbst als "Außerparlamentarische Opposition" bezeichnete. Höhepunkt dieser Bewegung waren die großen Demonstrationen nach dem Anschlag auf den Studentenführer Rudi Dutschke Ostern 1968. Auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums machte sich Unmut über die schwarz-rote Koalition breit. Anders als der studentische Protest von links fand dieser Protest von rechts auch Einzug in die Parlamente: Zwischen 1966 und 1969 übersprang die neu gegründete, rechts gerichtete National-Demokratische Partei (NPD) bei sieben Landtagswahlen die Fünf-Prozent-Hürde, in Baden-Württemberg erreichte sie dabei fast zehn Prozent. Damit hatte erstmals eine neue Partei den Einzug in die Landesparlamente geschafft. Das seit den fünfziger Jahren bestehende Drei-Parteien-System, in dem die FDP die einzige Alternative zu den beiden Volksparteien darstellte, schien in Frage gestellt.

Vor diesem Hintergrund vollzog sich in der FDP selbst eine tief greifende Wandlung auf dem Gebiet der Parteiprogrammatik. Als Absage an den mit der NPD aufkommenden neuen Nationalismus und mit deutlicher Kritik zu der zaghaften Ostpolitik der Regierung Kiesinger-Brandt suchten große Teile der Partei nach neuen Ansatzpunkten in der Ost- und Deutschlandpolitik, wobei man an Überlegungen der fünfziger Jahre (Deutschlandplan) anknüpfen konnte. Der wichtigste Anstoß kam im März 1967 von Hans Wolfgang Rubin, Schatzmeister der Bundespartei, durch seinen Aufsatz "Die Stunde der Wahrheit": "Wahr ist, dass die Bundesrepublik ein Produkt des Kalten Krieges ist und im Zeichen weltpolitischer Entspannung noch keinen rechten Platz und noch viel weniger ein rechtes Selbstverständnis gefunden hat." In der Konsequenz forderte Rubin eine den Realitäten angepasste Deutschland- und Ostpolitik, die "zum Ausgleich nationaler Gegensätze und zur Überwindung der die europäischen Länder trennenden Grenzen" beitragen sollte. In dieser viel beachteten Stellungnahme klang auch an, dass die FDP auch in der Innen- und Gesellschaftspolitik eine neue Linie suchen sollte: "Wahr ist, dass die gesellschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik keineswegs eindeutig positiv verlaufen ist. Starke konservative, häufig reaktionäre Kräfte haben die Schaffung einer informierten, einer wahrhaft offenen Gesellschaft anhaltend behindert und behindern sie noch. Sie gilt es, endgültig zu stoppen und den im Grundgesetz konzipierten liberalen Staat zu schaffen".

Diese Bemühungen um eine Neuorientierung des Liberalismus, die letztlich auf eine Öffnung nach links zielte, stießen aber auf innerparteiliche Widerstände. Insbesondere der Parteivorsitzende Erich Mende widersetzte sich heftig einem deutschlandpolitischen Kurswechsel. Auf dem Hannoveraner Parteitag 1967 konnten die Konflikte zwischen den verschiedenen innerparteilichen Richtungen noch einmal notdürftig überdeckt werden; ein Jahr später in Freiburg gab Mende dann sein Amt an Walter Scheel, einen Exponenten der neuen Linie, ab. Mit diesem Wechsel war zumindest in der Parteiführung der Weg für eine generelle Neubestimmung des liberalen Standortes im deutschen Parteiensystem frei. Wie Walter Scheel sich die künftige Rolle der FDP dachte, wurde bei der Wahl eines neuen Bundespräsidenten im März 1969 deutlich: Mit den Stimmen der FDP wurde der Sozialdemokrat Gustav Heinemann zum Nachfolger des CDU-Politikers Heinrich Lübke gewählt. Diese überraschende Annäherung an die

Sozialdemokratie, die sich in der programmatischen Entwicklung der FDP bereits angedeutet hatte, war schließlich dadurch erleichtert worden, dass erstens die SPD im Gegensatz zur CDU sich nun gegen ein neues Wahlrecht stellte und dass es zweitens in Nordrhein Westfalen seit Ende 1966 eine funktionierende Landesregierung von SPD und FDP gab. Allseits wurde die Wahl Heinemanns - wie der neue Bundespräsident selbst sagte - als ein "Stück Machtwechsel" interpretiert.

Um ein Haar aber wäre dieser "Machtwechsel" nicht über den Auftakt hinausgekommen. Zwar hatte die FDP mit ihrem Wahlprogramm deutlich Akzente für eine künftige, reformorientierte Zusammenarbeit mit der SPD gesetzt - "Das Angebot der FDP an ihre Wähler ist deshalb eine Innenpolitik vernünftiger Reformen, eine Wirtschaftspolitik des Fortschritts und eine selbstbewusste Außenpolitik" - und Walter Scheel wenige Tage vor der Bundestagswahl 1969 öffentlich für ein Zusammengehen mit der SPD ausgesprochen. Aber die Partei drohte im Wahlkampf zwischen den beiden Volksparteien zerrieben zu werden. Denn das beherrschende Thema waren die scharfen Auseinandersetzungen zwischen CDU/CSU und SPD - die immer noch zusammen in der Regierung saßen - um die künftige Wirtschaftspolitik. Dagegen konnte die FDP weder mit ihrer programmatischen Erneuerung noch mit ihrem neuen Image ("F.D.P.") viel Profil gewinnen. Die Konsequenz war, dass die Partei nur um Haaresbreite den Wiedereinzug in den Bundestag schaffte. 5,8 Prozent waren bis dahin - und bis heute - das schlechteste Wahlergebnis auf Bundesebene. Einem Verlust von 3,7 Prozent bei den Liberalen standen ein Gewinn von 3,4 Prozent bei der SPD und nur geringe Einbußen (minus 1,5 Prozent) bei der CDU/CSU gegenüber. Doch der Rückschlag wurde nach der Wahl in einen Triumph umgemünzt, was die FDP auch zwei Umständen verdankte: zum einen dem Scheitern der NPD an der Fünf-Prozent-Hürde, wodurch das Quorum für die absolute Mehrheit im Parlament entsprechend gesenkt wurde, und zum anderen dem entschiedenen Zugriff Walter Scheels, der die im Wahlergebnis liegende Chance erkannte. Denn, obwohl sie nicht über eine absolute Mehrheit der Stimmen verfügten (zusammen 48,8 Prozent), erhielten SPD und FDP doch die Mehrheit der Mandate (254 von 496). Walter Scheel und Willy Brandt gelang es, die wegen der knappen Mehrheit (zwölf Mandate) starken Bedenken in ihren eigenen Parteien gegen eine solche Koalition zu zerstreuen. Am 21.10.1969 wurde

Willy Brandt zum Bundeskanzler gewählt, fast 40 Jahre nach dem Rücktritt des letzten sozialdemokratischen Kanzlers. Walter Scheel wurde Außenminister und Vizekanzler, daneben saßen mit Hans-Dietrich Genscher (Innenminister) und Josef Ertl (Landwirtschaftsminister) noch zwei weitere Liberale im Kabinett, wo die FDP nun erstmals über zwei klassische und zentrale Ressorts verfügte.

Mit der Einsetzung der Regierung Brandt-Scheel war, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung damals zutreffend schrieb, "die Nachkriegszeit (...) hierzulande zu Ende", in der der Wiederaufbau und die Integration Westdeutschlands in das westliche Bündnis im Vordergrund gestanden hatten. Die innen- und außenpolitischen Ziele der sozial-liberalen Koalition waren anders gelagert. Zum einen ging es darum, zu einem besseren Verhältnis zu den osteuropäischen Staaten zu kommen. Damit wollte man sowohl den Frieden in Europa auf eine sicherere Basis stellen als auch die Situation der Deutschen jenseits von Elbe und Werra verbessern. Bei den Verhandlungen mit der Sowjetunion und mit Polen konnten rasche Fortschritte erzielt werden. Noch im Laufe des Jahres 1970 wurden ein deutsch-sowjetischer (Moskauer Vertrag) und ein deutsch-polnischer Vertrag (Warschauer Vertrag) abgeschlossen, an deren Zustandekommen Außenminister Scheel entscheidenden Anteil hatte. Mit diesen Verträgen sprachen sich sowohl die UdSSR und Polen als auch die Bundesrepublik Deutschland für einen Gewaltverzicht aus. Außerdem wurden die "bestehenden Grenzen Europas", also auch die seit 1945 existierende Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens, anerkannt. Die Bundesregierung verzichtete aber nicht auf das Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung beider Teile Deutschlands, wie in einem von Walter Scheel vorgelegten "Brief zur Deutschen Einheit" ausdrücklich betont wurde.

Wesentlich schwieriger gestalteten sich die Gespräche mit der DDR-Führung, weil es hier grundsätzlich unvereinbare Standpunkte – Forderung nach staatlicher Anerkennung der DDR einerseits und Bekenntnis zur Einheit der deutschen Nation andererseits - gab. Erst Ende 1972 kam auch hier ein Kompromiss zustande. Durch den Grundlagenvertrag wurde das Verhältnis zwischen beiden deutschen Staaten geregelt, ohne dass die Bundesrepublik die DDR staatsrechtlich anerkannte. Das wichtigste Ergebnis dieses Vertrages aus der Sicht der Bundesregierung war, dass im

Vorfeld auch Regelungen für West-Berlin und seine Anbindung an die Bundesrepublik (Vier-Mächte-Abkommen) und für den Reiseverkehr in die DDR (Verkehrsvertrag) gefunden wurden.

Die oppositionelle CDU/CSU leistete mit allen Mitteln Widerstand gegen die Ostpolitik der Regierung Brandt-Scheel. Angesichts der knappen SPD/FDP-Mehrheit im Bundestag suchte sie systematisch Abgeordnete aus den Koalitionsfraktionen abzuwerben. Aus Ablehnung gegen die Ostpolitik wechselten auch mehrere Bundestagsabgeordnete der FDP, darunter der ehemalige Parteivorsitzende Erich Mende und der frühere Minister Heinz Starke, zur CDU. Im April 1972 glaubte sich die CDU unter Führung Rainer Barzels stark genug, um die Regierung Brandt-Scheel abzulösen. Sie brachte ein konstruktives Misstrauensvotum gegen Bundeskanzler Brandt in den Bundestag ein. Obwohl völlig legal, stieß ein solches Vorgehen in der Bevölkerung keineswegs auf Zustimmung. Es kam zu spontanen Sympathiekundgebungen für die sozial-liberale Koalition. In der Debatte über den Misstrauensantrag drückte Walter Scheel das verbreitete Unbehagen gegen den Versuch der CDU, mit Hilfe von Überläufern eine andere Mehrheit im Parlament zustande zu bringen, aus. "Diese Regierung hat sich geschichtlich allein dadurch gerechtfertigt, dass sie mit ihrer knappen Mehrheit das geschaffen, was andere mit ihrer großen Mehrheit nicht erreichen wollten oder konnten: Unser Volk über seine Tabu-Schwelle hinwegzuführen, es von Illusionen wegzubringen, ihm auch harte Wahrheiten über seine Lage zu sagen und auf diese Weise die ihm nach zwei verlorenen Weltkriegen verbliebene, nationale Restsubstanz dauerhaft zu sichern. (...) Lassen Sie diesem Volk noch ein Jahr lang seinen inneren Frieden, stellen wir uns dann gemeinsam dem Urteil der Wähler!"

Nicht zuletzt der eindrucksvollen Rede des Außenministers war es zu verdanken, dass der CDU der Erfolg versagt blieb. Für das Misstrauensvotum fand sich keine Mehrheit im Bundestag. Aber auch die sozial-liberale Koalition hatte ihre parlamentarische Mehrheit verloren, so dass vorzeitige Neuwahlen eine Auflösung des parlamentarischen Patts erbringen musste. Der Wahlkampf drehte sich völlig um die Ost- und Deutschlandpolitik. Die Wahl belegte, wie sehr die Wähler hinter der

Entspannungspolitik der Regierung standen: Die SPD überflügelte erstmals die CDU (44,3 Prozent) und wurde mit 45,8 Prozent stärkste Partei, auch die FDP (8,5 Prozent) konnte kräftig zulegen. Ihre Neuorientierung hatte nun auch bei den Wählern Zustimmung gefunden.

Hinter diesem Plebiszit für die ost- und entspannungspolitischen Erfolge der Regierung Brandt-Scheel trat deren Innenpolitik im Bewusstsein der Öffentlichkeit zurück. Aber auch hier konnte sich die Bilanz der Regierung sehen lassen. Zahlreiche Reformen waren seit 1969 in Gang gekommen: beim § 218, in der Bildungspolitik, bei der Wehrdienstverweigerung, bei der Renten- und Krankenversicherung sowie bei der betrieblichen Mitbestimmung. Wert gelegt hatte die sozial-liberale Koalition dabei vor allem auf mehr "Chancengleichheit", weshalb sich die Reformen einerseits vor allem für eine Besserstellung der wirtschaftlich Schwächeren und sozial Benachteiligten und andererseits für mehr Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern einsetzten.

Dieser reformerische Aufbruch fand seine Entsprechung in der FDP-Programmatik. In Freiburg, wo 1968 bei den Führungspersonen der Wechsel vollzogen worden war, gab sich die Partei 1971 auf einem Parteitag ein neues Grundsatzprogramm. Das unter maßgeblicher Beteiligung von Werner Maihofer formulierte Programm verzichtete von vorneherein darauf, sich umfassend mit allen Politik-Feldern zu befassen. Statt dessen wurden Thesen zu vier gesellschaftspolitischen Bereichen - der Eigentumsordnung, der Vermögensbeteiligung, der betrieblichen Mitbestimmung und der Umweltpolitik - aufgestellt. Wichtig für das Selbstverständnis und das Erscheinungsbild der Partei wurde die Präambel, die die Stoßrichtung des neuen Programms deutlich bezeichnete: "Demokratisierung der Gesellschaft". Zum Teil im Rückgriff auf Friedrich Naumann und andere sozialliberale Denker vergangener Zeiten versuchten die Freiburger Thesen den klassischen Liberalismus in sozialer Hinsicht zu erweitern: "Freiheit im Glück des Menschen sind für einen solchen sozialen Liberalismus danach nicht nur eine Sache gesetzlich gesicherter Freiheits- und Menschenrechte, sondern gesellschaftlich erfüllter Freiheiten und Rechte. Nicht nur auf Freiheiten und Rechte als bloß formaler Garantien des Bürgers gegenüber dem Staat, sondern als soziale Chancen in der alltäglichen Möglichkeit der Gesellschaft kommt es ihm an."

Die Freiburger Thesen und die etwa zur gleichen Zeit veröffentlichte Streitschrift "Noch eine Chance für die Liberalen" von Karl-Hermann Flach, der in Freiburg zum Generalsekretär der FDP gewählt wurde, markierten den Höhepunkt der Erneuerung der FDP. Der deutsche Liberalismus hatte damit Anschluss an die Gegebenheiten einer hoch industrialisierten und technisierten Gesellschaft gefunden und sich neuen Wählerschichten, vor allem aus der aufsteigenden Schicht der Angestellten, geöffnet. Der Wahlerfolg von 1972 zeigte, wie richtig diese programmatische Wende war. Einen wichtigen Schritt hatten jedoch die Reformer in Regierung und Parteizentralen übersehen, allerdings auch der Opposition war er damals nicht bewusst: Reformen, vor allem solche sozialer Natur, kosten Geld. Die gesamte soziale Reform-Politik ging davon aus, dass das seit der kurzen Rezession von 1966/67 anhaltende Wirtschaftswachstum langfristig sein würde. Doch schon kurz nach der Einsetzung der zweiten Regierung Brandt-Scheel Ende 1972, in der die FDP mit dem Wirtschaftsministerium (Hans Fridrichs) einen weiteren wichtigen Kabinettsposten erhalten hatte, zeichnete sich hier ein grundlegender Wandel ab. Im Zuge der durch den Nah-Ost-Konflikt verursachten Ölkrise veränderten sich seit dem Herbst 1973 weltweit die wirtschaftlichen Bedingungen, wovon auch die Bundesrepublik nicht verschont blieb. Die Verteuerung des Öls heizte die Inflation an und beendete das Wirtschaftswachstum. Die Folge waren steigende Arbeitslosenzahlen (1974 600.000, 1975 1,1 Millionen). Diese für die Bundesrepublik völlig ungewohnten Erfahrungen, machten das Verhältnis unter den Koalitionspartnern schwieriger, da nun die unterschiedlichen Auffassungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik deutlicher zu Tage traten. Während die SPD und die ihr verbundenen Gewerkschaften vornehmlich an einem weiteren Ausbau des sozialen Netzes interessiert waren, verstand sich die FDP, auch um sich von dem Koalitionspartner abzuheben, immer stärker als Sachverwalter der wirtschaftlichen Vernunft. Der Wahlsieg von 1972 hatte viele Sozialdemokraten aus dem linken Flügel der Partei dazu verführt, die "Belastbarkeit der Wirtschaft" testen zu wollen; dagegen setzte nun die FDP auf eine Reformpolitik mit Augenmaß, die sich mit der wirtschaftlichen Situation vereinbaren ließ. "Gegen sozialistische Utopie und konservative Erstarrung" gab Generalsekretär Flach als Parole aus. Auch in der Bevölkerung hatte sich unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und mancher leidvoller Erfahrung mit den Reformen, vor allem in der Bildungspolitik - etwa

bei den "Hessischen Rahmenrichtlinien" für den Deutsch- und Sozialkundeunterricht in den Gymnasien -, die Einstellung zur Reformpolitik insgesamt geändert. Der Reform-Kanzler Brandt büßte in ganz ähnlicher Weise, wie im Jahrzehnt zuvor der Wirtschaftswunder-Kanzler Erhard, an Ansehen ein. Als dann noch ein Spion im Kanzleramt enttarnt wurde, der von der DDR ausgerechnet auf einen Kanzler angesetzt worden war, der mehr für die Verständigung nach Osten getan hatte als alle seine Vorgänger zusammen, trat Willy Brandt im Mai 1974 zurück. Zur gleichen Zeit gab auch Walter Scheel sein Amt auf und wurde als Nachfolger Heinemanns zum Bundespräsidenten gewählt. Damit waren die beiden Symbolfiguren der sozial-liberalen Reform-Politik von der politischen Bühne abgetreten. Die jeweiligen Nachfolger, Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher, galten allgemein als Pragmatiker; insofern brachte dieser Regierungswechsel, dem in der FDP dann auch ein Wechsel im Parteivorsitz folgte, mehr als einen bloßen Austausch des Führungspersonals. Er stand auch für einen generellen Kurswechsel; jetzt war das Meistem von Krisen statt des Entwerfens visionärer Reformen gefragt. Offen blieb jedoch, ob beide Regierungsparteien eine solche Politik mittragen würden.

Aus heutiger Sicht markieren die Jahre 1966 bis 1974 sowohl in der Entwicklung des Nachkriegs-Liberalismus als auch der Bundesrepublik insgesamt den wohl tiefsten Einschnitt. Mit dem Wandel der FDP zur F.D.P. hatte der deutsche Liberalismus Anschluss an die Erfordernisse der fortgeschrittenen Industriegesellschaft und der seit 1945 in Europa herrschenden politischen Konstellation gefunden, die sich aber beide weiterhin vor einer Teilung der Welt in die beiden großen Blöcke Ost und West abspielten. Während dieses Prozesses war viel "national-liberaler Ballast" über Bord geworfen worden und die soziale Dimension der individuellen Freiheit stärker in Betracht gezogen worden. Die Veränderungen im Liberalismus bewirkten direkt und indirekt auch einen Wandel in der Bundesrepublik, denn erst durch die Neuorientierung der FDP wurde es möglich, dass innen- und außenpolitisch die Reformer zum Zuge kamen. Damit war die wichtige Funktion des Liberalismus im politischen System der Bundesrepublik - sei es als Katalysator, sei es als Korrektiv - erneut deutlich geworden.

Kritisch zu fragen bleibt jedoch, ob diese Reformvorstöße nicht zu spät kamen und zu kurzfristig konzipiert waren, insofern sie ohne Berücksichtigung der wirtschaftlichen Entwicklung geplant und zum Teil auch realisiert wurden. In Teilen der FDP wurde dieser Mangel nach 1973 rasch erkannt und dann das Steuer wieder herumgeworfen. Wie schon früher gegenüber CDU versuchte sich die FDP seit 1973 gegenüber den Sozialdemokraten in der Rolle einer regierungsinternen Opposition. Dies belastete das Verhältnis unter den Koalitionspartnern ebenso wie die überzogenen Forderungen des linken Flügels der SPD. Ob die sozial-liberale Koalition auch in Krisenzeiten funktionieren würde, musste sich 1973/74 noch erweisen.

Auf eine weitere wichtige Erfahrung des organisierten Liberalismus in dieser Epoche des liberalen Aufbruchs muss noch hingewiesen werden, weil sie die Politik der FDP in entscheidender Weise geprägt hat. Gemeint ist das Gefühl der politischen Ohnmacht, des Zerdrücktwerdens während der Großen Koalition. Die Erfahrung, dass die FDP in der Opposition auf Gedeih und Verderb den Volksparteien ausgeliefert war, wenn diese sich einig waren, wurde für viele liberale Politiker zu einem regelrechten Trauma, so dass häufig ihr wichtigstes Ziel in der Verhinderung einer solchen Konstellation bestand. Am besten ließ sich diese Gefahr abwenden, indem die FDP mit der einen Volkspartei die Regierung bildete und die andere damit zwangsläufig in die Opposition verwies. Jedoch konnte in der Öffentlichkeit eine solche politische Generallinie auch leicht als "Mitregieren um jeden Preis" verstanden werden.

4. Stabilisierende Kraft der Mitte 1974-1988

Neben dieser wichtigen Schlussfolgerung aus der Zeit der Großen Koalition bestimmte auch das wiederentdeckte Selbstverständnis vom politischen Gleichgewicht der Mitte strategisch den Kurs der Liberalen in den letzten anderthalb Jahrzehnten der „alten“ Bundesrepublik. Insofern stellte aus liberaler Sicht der häufig betonte Einschnitt des Jahres 1982 keine wirkliche „Wende“; vielmehr können die Jahre 1974 bis 1988/89 als eine Einheit angesehen, ehe dann mit dem Umbruch im gesamten Mittel- und Osteuropa eine international völlig neue Situation eintrat. Diese Spätzeit der „alten“ Bundesrepublik unterschied sich schon in den wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen grundlegend von den ersten 25 Jahren ihrer Geschichte. Das stetige wirtschaftliche Wachstum war zu Ende; es folgte zunächst eine Phase, in der Stagnation, Rezession und kurzfristiges Wachstum einander abwechselten. Dies führte zu bis dahin in der Bundesrepublik unbekanntem Krisenphänomenen: Arbeitslosigkeit, Inflation, neue Armut, Firmenzusammenbrüche, Haushaltsdefizit. Mitte der achtziger Jahre kam es zwar wieder zu einer entschiedenen Besserung der konjunkturellen Lage, aber die genannten Krisensymptome waren auch am Vorabend der Deutschen Einheit noch längst nicht endgültig überwunden.

Zum anderen stand politisch diese Epoche im Zeichen der Kontinuität, trotz aller vordergründigen Änderungen und Wandlungen. So ist in der Wirtschafts- und Sozialpolitik vieles, was man später als Markenzeichen der liberal-konservativen Politik ansieht, bereits in der Ära Schmidt/Genscher angelegt worden; andererseits hat sich in der Außenpolitik vieles aus der sozial-liberalen Ära in die Ägide des Kanzlers Helmut Kohl fortgesetzt. Die FDP, die während des gesamten Zeitraumes an der Bundesregierung beteiligt war, hat an dieser Kontinuität erheblichen Anteil gehabt.

Überhaupt kann man feststellen, dass die Gegensätze zwischen den Parteien seit der zweiten Hälfte der siebziger Jahre im Vergleich zum Beginn der sozial-liberalen Koalition in der politischen Praxis zurückgegangen waren. Beispielsweise ließ die CDU in den späten siebziger Jahren von ihrem harten Konfrontationskurs gegen die

Ostpolitik der Regierung weitgehend ab; andererseits kann man nicht behaupten, dass Kanzler Schmidt in der Wirtschaftspolitik einen unternehmerfeindlichen Kurs steuerte. Vielmehr gab es häufig in der politischen Praxis einen Konsens zwischen den drei Parteien darüber, wie man sich den dringendsten Problemen stellen sollte. Das ausdrucksvollste Beispiel hierfür war der gemeinsame Krisenstab bei der Entführung des Arbeitgeber-Präsidenten Hanns Martin Schleyer durch Terroristen im Herbst 1977. Damals trugen alle drei Bundestagsparteien die Politik mit, mit der man dieser gefährlichen Herausforderung des demokratischen Systems begegnete und sie schließlich auch meisterte. Gefördert wurde diese Annäherung zwischen den Parteien auch dadurch, dass die CDU/CSU durch ihre Mehrheit im Bundesrat quasi mit in der Regierung saß und häufig gegen ihren Willen kein Gesetz verabschiedet werden konnte. Diese informelle „Große Koalition“ wurde überhaupt zu einem Markenzeichen bundesrepublikanischer Politik, barg und birgt aber die Gefahr, dass grundlegende Änderungen sich politisch nur schwierig durchgesetzt werden können.

Für die FDP bot diese Entwicklung Chancen und Gefahren zugleich. Der Vorteil bestand darin, dass es nun auch wieder Berührungspunkte mit der CDU gab, die noch zu Beginn der siebziger Jahre die FDP hatte vernichten wollen. Auf Länderebene (Saarland, Niedersachsen) wurden dann auch Regierungskoalitionen zwischen diesen Parteien eingegangen, wobei die FDP hoffte, auf diesem Wege Einfluss auf den für die Bundespolitik so wichtigen Bundesrat zu gewinnen. Die Liberalen unterstrichen damit ihre Eigenständigkeit und widerlegten alle diejenigen, die sie in einer "babylonischen Gefangenschaft" bei der SPD sahen. Andererseits machte diese Politik der "Auflockerung" oder "Äquidistanz" (gleicher Abstand zu beiden Volksparteien) das Klima in der sozial-liberalen Koalition nicht besser. Die weitaus größere Gefahr für die FDP angesichts dieser Entwicklung lag aber darin, dass in der Öffentlichkeit immer weniger klar war, wofür die Liberalen eigentlich standen. In einer Situation, in der beide Volksparteien zumindest in ihrer tatsächlichen Politik Positionen der Mitte vertraten, erschien eine eigenständige liberale Kraft für viele eigentlich überflüssig. Daran konnten auch die programmatischen Anstrengungen der FDP, mit denen sie vor allem während der siebziger Jahre versuchte, das Freiburger Programm den neuen Herausforderungen entsprechend zu ergänzen, nichts ändern. Ein klares Profil konnte

die Partei vor allem dann gewinnen, wenn die Beziehungen zwischen beiden Volksparteien mehr von Taktik und Ideologie als von politischer Vernunft geprägt waren und/oder die Mehrheitsverhältnisse nicht vorhersehbar waren. Für die Bundestagswahl 1976 und 1980 traf beides zu. Vor allem von der Union wurde damals durch die Parole "Freiheit oder Sozialismus" und später durch die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß schweres Geschütz aufgeföhren, auf das die Sozialdemokraten ähnlich heftig reagierten. In diesen Wahlkämpfen wurde dann die Notwendigkeit einer Kraft des Ausgleichs und der Besonnenheit deutlich unter Beweis gestellt.

Somit konnte die FDP 1976 ihren Wähleranteil stabilisieren (7,9 Prozent) und dann 1980 ein glänzendes Ergebnis (10,6 Prozent) erzielen. Der Liberalismus schien am Ende der siebziger Jahre wieder im Aufwind, seine Rolle als dritte Kraft schien unentbehrlich. Doch diese Wahlergebnisse täuschten ein wenig. Denn bei Wahlen, die nicht von so tief greifenden öffentlichen Auseinandersetzungen geprägt waren, schaffte die FDP entweder die Fünf-Prozent-Hürde nur knapp, etwa bei den Europawahlen 1979, oder sie fiel gänzlich aus dem Parlament heraus, so 1978 bei den Landtagswahlen in Hamburg und Niedersachsen. Trotz aller Erfolge bei den Bundestagswahlen war der Anteil liberaler Stamm-Wähler in den siebziger Jahren zurückgegangen. Die Partei stand seitdem vor der Daueraufgabe, bei Wahlen jeweils wieder neu so genannte Wechselwähler zu gewinnen.

Die scharfen Angriffe der Union in Wahlkampfzeiten schweißten auch das Regierungslager zusammen, obwohl der Zusammenhalt der sozial-liberalen Koalition langsam, aber stetig abnahm. Ursache für letzteres war zum einen, dass die Ostpolitik, das zentrale Thema zu Beginn der Zusammenarbeit von SPD und FDP, an Bedeutung verlor und innenpolitisch nicht mehr so umstritten war. Zum anderen wurden aber die unterschiedlichen Auffassungen in der Wirtschaftspolitik, die jetzt in eine zentrale Rolle rückte, immer deutlicher. Umstritten war vornehmlich, wie die steigende Arbeitslosigkeit bekämpft und das wachsende Defizit im Haushalt verringert werden sollten. Eine zunehmende Mehrheit in der FDP setzte wieder stärker auf die "Selbstheilungskräfte" der Marktwirtschaft. Auf dem Kieler Parteitag 1977 wurden die von Wirtschaftsminister Friderichs vorgelegten Thesen zur "Wirtschaft im sozialen Rechtsstaat" verabschiedet.

Diese so genannten "Kieler Thesen" erteilten Konjunkturprogrammen und Subventionen für bedrohte Unternehmen oder Industriezweigen, wie sie von der SPD favorisiert wurden, zwar keine generelle Absage, wollten diese aber nur ausnahmsweise als letztes Mittel zulassen: "Die Liberalen halten staatliche Anpassungssubventionen für ein erst nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten der Selbsthilfe einzusetzendes Mittel, um auf diese Weise soziale Härten als Folge des Strukturwandels zu mildern." Eine kurzfristige Verbesserung der Wirtschaftssituation 1978/79 verringerte zwar den wirtschaftspolitischen Streit zwischen den Regierungsparteien und fügte die Koalition wieder enger zusammen, aber die zweite Ölpreiskrise 1979/80 und die damit verbundene erneute wirtschaftliche Rezession musste den Konflikt zwangsläufig erneut anheizen. Insgesamt war die zweite Hälfte der siebziger Jahre von einer konservativen Trendwende gekennzeichnet. Bei den Wahlen 1976 war der "Genosse Trend", der der SPD seit 1957 bei jeder Bundestagswahl einen beachtlichen Stimmenzuwachs beschert hatte, erstmals ausgeblieben (-3,2 Prozent), während die Union mit 48,6 Prozent die absolute Mehrheit knapp verfehlte und wieder stärkste Bundestagsfraktion wurde. Auch die Landtagswahlen stärkten die Opposition. 1979 konnte der populäre Bundespräsident Walter Scheel, der bei der Union noch immer als der Exponent der sozial-liberalen Koalition galt, nicht mehr auf eine Mehrheit in der Bundeswahlversammlung rechnen und verzichtete deshalb auf eine erneute Kandidatur. Sein Nachfolger wurde der CDU-Politiker Karl Carstens.

Diese Entwicklung ließ es für die FDP zwangsläufig geraten erscheinen, auch eine andere Regierungskonstellation als die gegenwärtige in Betracht zu ziehen, um den liberalen Einfluss auf die Bundesregierung aufrecht zu erhalten. Allerdings waren die Überlegungen über eine politische Neuorientierung in der Partei selbst stark umstritten. Die zu Beginn der siebziger Jahre erreichte innerparteiliche Geschlossenheit schwand im weiteren Verlauf der Dekade. Wie so häufig in der Geschichte des deutschen Liberalismus zerfiel nun auch die FDP wieder in zwei divergierende Flügel. Deren führende Exponenten waren einerseits der seit 1977 amtierende Wirtschaftsminister Otto Graf Lambsdorff, der aus wirtschaftspolitischen Gründen heraus eine Zusammenarbeit mit der SPD als zunehmend schwieriger erachtete, und der Nachfolger Werner Maihofers im Innenministerium, Gerhart Rudolf Baum, demzufolge

es in der Innen- und Rechtspolitik unüberwindbare Hürden zu den Vorstellungen in der Union gab. Die Kanzlerkandidatur von Franz Josef Strauß, mit dem niemand in der FDP eine Zusammenarbeit wünschte, vertagte 1980 zunächst den innerparteilichen Konflikt.

Doch der Erfolg der sozial-liberalen Koalition bei diesen Bundestagswahlen verbesserte keineswegs das Klima, allein schon deshalb, weil ausschließlich die FDP von dem Anti-Strauss- Effekt profitiert hatte. Ihrem Zuwachs von 3,7 Prozent stand ein quasi Stillstand der SPD gegenüber. Diese wurde durch die liberalen Forderungen nach einer wirtschaftspolitischen Wende kaum aufgeschlossener, zumal den Sozialdemokraten mit den Grünen nun von links eine gefährliche Konkurrenz drohte. Seit 1981 schlug dann die zweite Ölpreiskrise auf die Wirtschaft durch, die Arbeitslosenzahlen stiegen erneut rapide an, die Inflation kletterte und die Staatsverschuldung erreichte einen erneuten Höhepunkt. Vor diesem Hintergrund verfasste der Parteivorsitzende Hans-Dietrich Genscher im August 1981 einen berühmt gewordenen Brief an alle Mandats- und Funktionsträger der FDP, in dem er das wirtschaftspolitische Credo der Liberalen zusammenfasste: "Wir müssen den finanziellen Haltungs- und Gestaltungsspielraum zurückgewinnen, damit wir unserem Volk auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit, Fortschritt und Frieden sichern können." Als Einzelmaßnahmen wurden dabei weitere Einsparungen bei den Sozialleistungen vorgeschlagen, womit aber keineswegs das System des Sozialstaates an sich beseitigt, sondern auf Dauer gestärkt werden sollte, indem man es auf eine solidere, d. h. bezahlbare Basis stellen wollte. Zugleich sollten so Impulse für ein neuerliches Wirtschaftswachstum ausgesandt werden. Der Brief forderte nichts anderes als ein allgemeines Umdenken in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, da der bisherige Kurs eines stetigen Ausbaus des Sozialstaates in die Sackgasse geführt hatte: Er war weder weiter finanzierbar noch bot er den Betroffenen Anreize zu einem selbständigen und selbstverantwortlichen Handeln. "Eine Wende ist notwendig." Damit hatte der FDP- Vorsitzende den Begriff für die nachfolgenden Ereignisse geprägt. Genscher hatte in seinem Brief offen gelassen, ob die FDP diese "Wende" gemeinsam mit der SPD oder in einer anderen Regierungskonstellation vollziehen wollte.

Zunächst schien es noch so, als ob die sozial-liberale Regierung die Situation in den Griff bekommen würde. Für 1982 einigte man sich auf einen Haushalt, der auch etliche Sparmaßnahmen enthielt. Doch diese Eingriffe reichten für eine Haushaltskonsolidierung noch nicht aus und wurden zudem von der SPD immer wieder in Frage gestellt, da sie als traditionelle Anwältin einer staatlichen Sozialpolitik ihrer Klientel den Sinn dieser Einsparungen kaum oder gar nicht vermitteln konnte. Als weiteres Problem kam nun auch eine außenpolitische Frage hinzu. Nicht zuletzt auf Veranlassung von Kanzler Schmidt hatte die NATO Ende 1979 einen so genannten "Doppelbeschluss" gefasst: Der russischen Aufrüstung mit Raketen mittlerer Reichweite sollte durch die Stationierung ähnlicher Waffen der USA in Westeuropa begegnet werden, zugleich aber bot die NATO der UdSSR Verhandlungen über diese Waffen an, deren Stationierung auf westlicher Seite erst nach einem Scheitern dieser Verhandlungen erfolgen sollte. Dieser Doppelbeschluss war sowohl in der Bevölkerung wie in beiden Regierungsparteien umstritten. Hans-Dietrich Genscher, der als Verantwortlicher für die Außenpolitik ein besonderes Interesse an der Realisierung des Doppelbeschlusses hatte, konnte auf dem Kölner Parteitag 1981 in seiner Partei eine knappe Mehrheit für diese Politik gewinnen. Die Haltung der SPD war dagegen trotz des unermüdlichen Einsatzes von Helmut Schmidt unklar. Viele Sozialdemokraten, darunter der Parteivorsitzende Willy Brandt, sahen mit Sorge auf das Wachsen einer außerparlamentarischen Protestbewegung, die zwischen 1981 und 1983 zahlreiche Großdemonstrationen auf die Beine brachte. Bei Wahlen in Berlin und Niedersachsen musste die SPD 1981/82 schmerzliche Verluste hinnehmen, während die Grünen, die sich als Sprachrohr dieser außerparlamentarischen "Friedensbewegung" darstellten, in die Länderparlamente einzogen und dabei auch die FDP überrundeten, deren Wähleranteil insgesamt stabil blieb. Da auch die Union gleichzeitig erhebliche Gewinne verbuchte, war es nun eher unwahrscheinlich, dass die sozial-liberale Koalition bei den nächsten Bundestagswahlen noch einmal eine Mehrheit bekommen würde.

Trotzdem wartete der FDP-Vorsitzende angesichts des starken innerparteilichen Widerstandes ab, der während des gesamten Frühjahrs und Sommers 1982 auf zahlreichen Kongressen und Treffen von linksliberalen Parteimitgliedern zum Ausdruck gebracht wurde, den Koalitionswechsel zu wagen. Damit gab er die Initiative aus der

Hand, die nun von Kanzler Schmidt ergriffen und zu einer eindrucksvollen Inszenierung benutzt wurde. Schmidt suchte den Konflikt mit Wirtschaftsminister Lambsdorff und nahm ein von diesem vorgelegtes Papier zur Wirtschaftspolitik zum Anlass, von sich aus Mitte September 1982 die Koalition mit der FDP zu beenden, wobei er den Liberalen sehr öffentlichkeitswirksam die Schuld am Bruch der Koalition zuschob. Da eine Große Koalition zwischen Union und SPD von niemandem in Betracht gezogen wurde, trat die FDP in Verhandlungen mit der CDU/CSU über eine Regierungsbildung ein. Diese kamen rasch zum Abschluss, am 1. Oktober 1982 wurde der CDU-Vorsitzende Helmut Kohl mittels eines konstruktiven Misstrauensvotums zum Nachfolger Schmidts gewählt. In seinem Kabinett saßen drei der vier FDP-Minister aus der Regierung Schmidt, lediglich Innenminister Baum musste als Exponent der Linksliberalen und Gegner des Koalitionswechsels sein Amt aufgeben, für ihn kam Hans Engelhard als Justizminister neu ins Kabinett.

Dieser Koalitionswechsel, nachher als die so genannte "Wende" bezeichnet, hat in der Öffentlichkeit zu erbitterten Diskussionen geführt. Nicht zuletzt aufgrund der geschickten Selbstdarstellung von Helmut Schmidt war das Ansehen der FDP und ihres Vorsitzenden tief gesunken. Umfrage-Ergebnisse vom Herbst 1982 ließen für die Partei das Schlimmste befürchten. Viele linksliberale Wähler und Mitglieder wandten sich ab, vornehmlich aus Ärger und Enttäuschung über die Art und Weise, wie diese Wende vollzogen wurde: 1980 war die FDP in den Wahlkampf gezogen mit der Parole "Für eine Regierung Schmidt/Genscher" und hatte dabei kräftig von der Popularität des sozialdemokratischen Kanzlers profitiert. Ein Parteitagbeschluss für den Koalitionswechsel gab es nicht, bei dem "Wendemanöver" stützte sich die Parteiführung lediglich auf teilweise sehr knappe Quoten der Bundestagsfraktion und des Parteipräsidiums, beziehungsweise -vorstands. Die Wähler waren überhaupt nicht gefragt worden. Jedoch fanden Ende September 1982 in Hessen Landtagswahlen statt, die zu einem Desaster für die FDP wurden. Viel böses Blut machte auch die herablassende Behandlung der Liberalen durch die CDU/CSU, die nicht einmal den stellvertretenden Parteivorsitzenden Baum als Verhandlungspartner akzeptierte.

So berechtigt diese von linksliberaler Seite vorgetragene Kritik in einzelnen Details sein mag, übersieht sie jedoch zwei grundlegende Punkte: Zum einen waren die Befürworter der Wende Ende 1982, Anfang 1983 sowohl in der Partei selbst als auch in der Bevölkerung in der Mehrheit. Dies wurde zunächst auf dem Berliner Parteitag der FDP im November 1982 deutlich, wo Hans-Dietrich Genscher als Parteivorsitzender gegen Uwe Ronneburger mit 225 zu 179 wieder gewählt wurde. Zum anderen gab es auch für dieses schwierige Manöver eines Regierungswechsels durch Koalitionswechsel während der Legislaturperiode durchaus ein Vorbild, das weit weniger Emotionen aufgerührt hatte. 1966 hatte die CDU/CSU ebenfalls ohne Wählervotum den Partner gewechselt, und damals kamen in der SPD kaum Skrupel auf, anstelle der FDP in die Regierung einzutreten.

Den endgültigen Beweis lieferten dann die Bundestagswahlen vom März 1983. Diese vorgezogene Bundestagswahl wurde von allen Parteien zu einem nachträglichen Plebiszit über die Wende gemacht. Das Ergebnis erbrachte für die FDP einen relativen Erfolg, mit sieben Prozent schaffte sie den Wiedereinzug in den Bundestag. Sie büßte zwar 3,6 Prozent ein, jedoch konnte das Ergebnis von 1980 kein wirklicher Maßstab sein. Aufschlussreicher für das Ansehen der Partei in der Öffentlichkeit 1982 waren die Umfrage-Ergebnisse und das katastrophale Abschneiden bei den Landtagswahlen in Hessen, Bayern und Hamburg. Zudem befand sich die Partei selbst in einer wesentlich schlechteren Kondition als zwei Jahre zuvor. Enttäuscht über die Wende verließen viele Sozialliberale die Partei, teils schlossen sie sich der SPD an, teils zogen sie sich aus der Politik zurück. Etliche von ihnen gründeten im November 1982 gemeinsam mit den Jungdemokraten, die sich organisatorisch gleichfalls von der FDP trennten, eine neue Partei, die "Liberalen Demokraten". Dieser linksliberalen Abspaltung erging es aber wie den anderen Absplitterungen von der FDP zuvor: Der politische Erfolg blieb ihr versagt.

So betrachtet waren die sieben Prozent für die FDP also durchaus ein respektables Ergebnis, dessen Stellenwert noch dadurch erhöht wurde, dass die CDU/CSU mit 48,8 Prozent die absolute Mehrheit erneut verfehlte und somit bei der Regierungsbildung auf die FDP angewiesen war. Auf der anderen Seite war der Verhandlungsspielraum nun eingengt. Eine Mehrheitsbildung mit der SPD war auch theoretisch nun nicht mehr

möglich, da die Sozialdemokraten schwere Verluste erlitten und nur noch bei 38 Prozent lagen. Dagegen gelang den Grünen dieses Mal der Sprung über die Fünf-Prozent-Hürde, wodurch erstmals seit 1961 wieder mehr als drei Parteien im Bundestag vertreten waren. Bei der Regierungsbildung musste die FDP das Landwirtschaftsministerium an die CSU abtreten, Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff und Hans Engelhard blieben aber in ihren Funktionen. Gemessen an den sozial-liberalen Zeiten ruhte der Einfluss der FDP auf die Regierungspolitik also auf einer schmaleren Basis.

Dennoch war der liberale Einfluss wesentlich größer als viele befürchteten und manche gehofft hatten. Vor allem in der Wirtschafts- und Außenpolitik setzten die FDP-Minister ihre schon unter Helmut Schmidt verfolgte Politik weitgehend fort. Weder gab es in der Ost- und Deutschlandpolitik eine Rückwende zu einem scharfen Konfrontationskurs, wie er vom rechten Unionsflügel immer wieder lautstark gefordert wurde, noch gelang es den Arbeitnehmerkreisen der CDU, die von Lambsdorff für unumgänglich gehaltenen wirtschaftlichen Konsolidierungsmaßnahmen entscheidend zu verwässern.

Insbesondere in der Außenpolitik war dieser Kurs überaus erfolgreich: Nachdem Ende 1983 vom Bundestag die Nachrüstung mit Mittelstreckenraketen beschlossen und diese Waffen alsbald stationiert worden waren, kamen dann doch noch Abrüstungsverhandlungen zwischen den beiden Supermächten in Gang, die sich schließlich im Herbst 1987 auf einen völligen Abzug aller Mittelstreckenraketen aus Mitteleuropa einigten. Damit hatte sich die außenpolitische Linie von Hans-Dietrich Genscher als richtig herausgestellt. Auch das Verhältnis zur DDR wurde nach der "Wende" nicht schlechter, nach und nach schwenkten alle führenden Unions-Politiker in der Deutschland-Politik auf den von der FDP seit den sechziger Jahren vertretenen Kurs von "Verständigung und geregelterm Nebeneinander" ein. Im September 1987 besuchte dann sogar Erich Honecker, der erste Mann der DDR, auf Einladung von Kanzler Kohl ganz offiziell die Bundesrepublik. Bei diesem, damals allseits begrüßten Besuch ahnte niemand im Westen, dass die Herrschaft Honeckers und der SED schon zwei Jahre später völlig zusammenbrechen würde.

In der Wirtschaftspolitik war die insgesamt recht erfolgreiche Bilanz indes nicht ganz makellos. Einerseits stellte sich seit 1983 ein lang anhaltendes Wirtschaftswachstum ein und ging die Inflationsrate zunächst bis fast auf Null zurück, Mitte der achtziger Jahre war die Bundesrepublik "Stabilitätsweltmeister". Obwohl auf diese Weise auch eine ansehnliche Anzahl neuer Arbeitsplätze geschaffen wurde, änderte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt nur unwesentlich, Jahr für Jahr blieb die Arbeitslosenzahl bei etwa zwei Millionen konstant. Auch die liberal-konservative Regierung bekam dieses Problem infolge der anhaltenden Strukturveränderungen in der Wirtschaft und der demographischen Entwicklung nicht richtig in den Griff. Dennoch konnte die Bundesrepublik in der Ära Kohl/Genscher immerhin ihren Rang als dritte Industrienation in der Welt festigen.

Der FDP gelang seit 1984 eine erstaunliche Stabilisierung. Martin Bangemann, Parteivorsitzender seit Anfang 1985, konnte die Ernte der Politik seines Vorgängers einfahren: Während bei der Europawahl Mitte 1984 mit 4,8 Prozent das Ziel noch knapp verfehlt wurde, konnten die Liberalen bei den Landtagswahlen zwischen 1985 und 1987 zum Teil erheblich verlorenes Terrain wieder zurückgewinnen. Höhepunkt dieser Entwicklung war die Bundestagswahl Anfang 1987, bei der die FDP auf stattliche 9,1 Prozent kam, das zweitbeste Ergebnis seit 1969. Das machte sich auch durch ein größeres Gewicht im Kabinett bemerkbar, die Liberalen stellten vier Minister: mit Martin Bangemann für Wirtschaft, Hans-Dietrich Genscher für Äußeres, Hans A. Engelhard für Justiz und Jürgen W. Möllemann für Bildung und Wissenschaft. Als Bangemann 1988 als EU-Kommissar zurück nach Brüssel ging, ersetzte ihn im Kabinett Helmut Hausmann, Nachfolger als Parteivorsitzender wurde Bangemanns Vorgänger im Ministerium, Otto Graf Lambsdorff.

Mit der Wahl von 1987 wurde aber auch das alte Drei-Parteien-System endgültig zu Grabe getragen; die Grünen konnten mit 8,3 Prozent ihre Position kräftig ausbauen, während beide Volksparteien Verluste hinnehmen mussten. Insgesamt bedeutete diese Wahl eine eindrucksvolle Bestätigung für die Politik der FDP, von ihrer Rolle als einziger Mehrheitsbeschaffer für die beiden großen Parteien musste sie nunmehr auf Dauer Abschied nehmen. Zunächst einmal brachten die westdeutschen Liberalen ihr Gewicht

vor allem in der Wirtschafts- und in der Außenpolitik zum Tragen. Es war vornehmlich Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der die durch den neuen starken Mann in der Sowjetunion, Michail Gorbartschov, ausgestrahlten Signale „ernst nehmen“ wollte und die Regierung Kohl auf einen stärker entspannungspolitischen Kurs in der Außen- und Ostpolitik festlegte, als manchem Hardliner in der CDU/CSU recht war. Die Früchte dieses Festhaltens an der Entspannung sollten sich alsbald zeigen.

5. Motor der Einheit 1989/1990

Die in der DDR im Sommer 1989 beginnende und sich dann rasant beschleunigende Umwälzung traf auch die westdeutschen Liberalen weitgehend überraschend, aber nicht vollkommen. Denn einige der führende FDP-Vertreter wie Genscher, Mischnick, Hirsch oder Hans-Günther Hoppe stammten ursprünglich aus dem anderen Teil Deutschlands und hatten dorthin weiter private Kontakte gepflegt, Wolfgang Mischnick hatte als Vorsitzender der Bundestagsfraktion auch politische Verbindungen unterhalten. So wohnte er beispielsweise 1987 dem Parteitag der LDPD in Weimar bei.

Als im Sommer 1989 der langjährige LDPD-Vorsitzende Manfred Gerlach auch öffentlich Versuche unternahm, nach Vorbild der sowjetischen „Perestroika“ die verkrusteten Strukturen der DDR zumindest ansatzweise aufzubrechen, unterstützte Wolfgang Mischnick dies, indem er die entsprechenden Gerlach-Reden auch im Westen verbreiten ließ. Durch diesen vorsichtigen Emanzipationskurs ihres Vorsitzenden gewann die LDPD Mitte 1989 in der DDR selbst das Renommee einer Reformkraft und erfreute sich insbesondere bei jungen DDR-Bürgern eines regen Zulaufs; ihre Mitgliederzahl überschritt nach 40 Jahren erstmals wieder die 100.000. Jedoch wurde von Gerlach und seinen Mitstreitern in der Parteiführung zunächst nur eine Reform, nicht aber eine Überwindung des „real existierenden Sozialismus“ angestrebt. Infolge dessen verlor die LDPD an Zugkraft, je mehr der Ruf nach einem grundlegenden Systemwechsel im Osten Deutschlands laut wurde. Neben ihr organisierten sich nicht nur neue Bürgerrechtsbewegungen, sondern Ende 1989 auch mit der „FDP der DDR“ und der „Deutschen Forumpartei“ zwei neue liberale Organisationen, die zwar kaum größere Mitgliederzahlen aufbieten konnten, aber die Liberaldemokraten unter Druck setzten. Diese hatte sich zwar Anfang Dezember 1989 endgültig vom SED-System losgesagt, aber Manfred Gerlach, der inzwischen sogar zum amtierenden Staatsratsvorsitzenden und damit zum Staatsoberhaupt der DDR aufgerückt war, verzögerte den notwendigen generellen Wechsel in der Partei. Diese kam erst Mitte Februar 1990 auf dem LDPD-Parteitag in Dresden zustande, wo Rainer

Ortleb zum neuen Vorsitzenden gewählt wurde, man wieder zur alten Abkürzung LDP zurückkehrte und sich ein neues Programm gab.

Vor allem dank der Vermittlung von Wolfgang Mischnick, der das große Interesse der FDP an einem Zusammengehen der ostdeutschen Liberalen geschickt vertrat, konnte zur ersten freien Volkskammer-Wahl am 18. März 1990 unter dem Namen „Bund Freier Demokraten“ ein liberales Wahlbündnis antreten, das mit 5,3 Prozent ein achtbares, aber kein überragendes Ergebnis erzielte. Dass das Potential für eine liberale Kraft in einem vom Kommunismus befreiten Ostdeutschland weit größer war, sollte sich bei weiteren Wahlen im Verlauf dieses Jahres zeigen. Zunächst aber verhinderten innerliberalen Querelen, dass man dieses ausschöpfte: Da die beiden kleineren Parteien einen organisatorischen Zusammenschluss der Liberalen in der DDR zunächst ablehnten, wechselte die LDP allein zum Namen „Bund Freier Demokraten“ über und nahm noch im März 1990 die Reste der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD) in diesen korporativ auf. Diese war ursprünglich auf Geheiß der SED gegründet worden, um der LDP(D) Anhänger und Mitglieder abspenstig zu machen. Während der SED-Herrschaft standen NDPD und LDP(D) in einer permanenten, allerdings nur latent ausgetragenen Rivalität um Einfluss und Zielgruppen. Dieser Fusionsakt verhinderte dann den liberalen Zusammenschluss in der DDR aber noch weiter, bis er schließlich auf Druck der FDP in Form einer gesamtdeutschen liberalen Partei im Spätsommer erfolgte.

Der liberale Anteil an der Wiedervereinigung beschränkte sich aber keineswegs auf die Parteipolitik in der Nach-Wende-DDR. Da in der FDP-Führung viele Persönlichkeiten aus dem Gebiet der DDR stammten, setzte sich innerparteilich schnell der Ruf nach Einheit der Deutschen durch. Man konnte sich dabei auch auf die eigene Tradition berufen, wo ja Einheit und Freiheit oder wie es jetzt hieß „Einheit in Freiheit“ immer ein zentrales Anliegen gewesen war, vom frühen 19. Jahrhundert bis in die Zeit der Bundesrepublik. In der FDP hatte es auch nie eine Mehrheit für eine staatsrechtliche Anerkennung der DDR bzw. eine Abschaffung des Wiedervereinigungsgebots des Grundgesetzes gegeben. Am meisten in dieser Richtung wirken konnte natürlich Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der nicht zuletzt aufgrund seiner guten persönlichen Beziehungen zu den Außenministern der beiden Supermächte –

Shewardnaze und Baker – in den entscheidenden „2 plus 4-Gesprächen“ der Deutschen mit den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs ziemliches Gewicht entwickelte. Dass er im sich anbahnenden Transformationsprozess eine wichtige Rolle zu spielen gedachte, hatte er erstmals mit seinem kurzen Auftritt auf dem Balkon der deutschen Botschaft in Prag am 30.9.1989 demonstriert, als den Botschaftsflüchtlingen aus der DDR ihre freie Ausreise ankündigte und damit sozusagen den Anfang vom Ende der ostdeutschen Eigenstaatlichkeit auch von außen einläutete. An dem ein knappes Jahr später abgeschlossenen so genannten „2 plus 4-Vertrag“, in dem Deutschland, also die Bundesrepublik, die DDR und Berlin „die volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten“ (Art. 7) erhielt, hatte Genscher großen Anteil. Beim Vertragsabschluss in Moskau am 12. September 1989 unterstrich er, dass damit keineswegs eine Abkehr von der bisherigen Außenpolitik verbunden sein werde: „Die Politik des vereinigten Deutschland wird bestimmt von der Friedenspflicht unseres Grundgesetzes und des Einigungsvertrags. In diesem Geist leisten wir unseren Beitrag zu Frieden und Stabilität.“ Der liberale Außenminister wollte damit vor allem Sorgen in Osteuropa zerstreuen, dass nun wieder eine deutsche Hegemonialpolitik in diese Richtung drohe: „Wir wollen nichts anderes, als in Freiheit und Demokratie und in Frieden mit allen anderen Völkern.“

Hans-Dietrich Genscher, nahe Halle geboren, wurde so zum ersten populären gesamtdeutschen Politiker. Seine Zugkraft sowie das nicht so spektakuläre Wirken von FDP-Chef Otto Graf Lambsdorff und Fraktionschef Wolfgang Mischnick half auch entscheidend, beim liberalen Einigungsprozess alle Hürden zu überwinden. In Hannover konnte dann am 11. August 1990, also noch vor der staatlichen Vereinigung sieben Wochen danach, die gesamtdeutsche liberale Partei aus der Taufe gehoben werden. Sie entstand durch den Beitritt der drei ostdeutschen Parteien Bund Freier Demokraten, Forumpartei und FDP der DDR zur (westdeutschen) FDP. Das Ziel sei, wie die drei ostdeutschen Parteivorsitzenden erklärten, „die deutsche Einheit mit liberalem Geist zu füllen“. Erste Vorsitzender der gesamtdeutschen FDP wurde Otto Graf Lambsdorff, der daran erinnerte, dass jetzt ein großer liberale Traum in Erfüllung gegangen sei: „Seit mehr als 150 Jahre gibt es die liberale Bewegung in Deutschland. Mehr als 100 Jahre war sie geteilt. Heute werden wir gemeinsam die liberale Partei für

Deutschland. ... Heute ist ein historischer Tag für die Liberalen und für Deutschland.“ Ähnlich stolz und gerührt zugleich zeigte sich der mit Standing Ovations gefeierte Außenminister Hans-Dietrich Genscher, der aber auch darauf hinwies: „Wir leben in einer Gezeitenwende von geschichtlichem Ausmaß. Nichts wird mehr so sein, wie es war – weder bei uns in Deutschland noch irgendwo.“ Die prophetische Kraft diese Worte sollte sich alsbald erweisen.

Zunächst einmal war mit dieser Einigung aber eine gute Voraussetzung für die erste gesamtdeutsche Wahl geschaffen worden, die am 2.12.1990 stattfand. Denn die neue FDP war mit ca. 180.000 Mitgliedern zum ersten Mal in ihrer Geschichte eine Mitglieder- und fast schon eine Massenpartei. Allerdings bestanden zwischen Ost (ca. 110.000 Mitglieder) und West (ca. 65.000 Mitglieder) beträchtliche Unterschiede in der Auffassung hinsichtlich von Sinn und Zweck einer Mitgliedschaft. Bei der Wahl zum 12. Bundestag kam die FDP auf elf Prozent und wiederholte damit quasi das Ergebnis aus dem Jahr 1949. Besonders gut schnitt sie in Teilen Ostdeutschlands ab: in Sachsen mit gut zwölf, in Thüringen mit gut 14 und in Sachsen-Anhalt mit fast 20 Prozent. Hier gelang es auch erstmals wieder seit langer Zeit ein Direktmandat zu gewinnen: Uwe Lühr setzte sich in Halle durch. Im Westen gehört der Durchschnitt mit 10,6 Prozent aber auch noch zu den überragenden Ergebnissen, Grüne und auch die CSU waren deklassiert worden. Mit diesem Wahlergebnis im Rücken konnten CDU/CSU und FDP ihre Koalition fortsetzen. Im vierten Kabinett Kohl verfügten die Liberalen erstmals über fünf Posten: Zu Hans-Dietrich Genscher und Jürgen Möllemann, der das Wirtschaftsministerium übernahm, kamen Irmgard Schwaetzer (Wohnungswesen und Städtebau), Klaus Kinkel (Justiz) und Rainer Ortleb (Bildung) hinzu.

6. Alte und neue Herausforderungen seit 1990

Gleich zu Beginn der ersten gesamtdeutschen Legislaturperiode kam die liberale Stärke bei einer nicht nur symbolisch wichtigen innenpolitischen Entscheidung zum Tragen. Die FDP gab den Ausschlag für die jahrzehntelang beschworene Verlegung des Regierungssitzes nach Berlin im Falle der Wiedervereinigung, während in beiden Volksparteien knappe Mehrheiten für die Beibehaltung des Standortes Bonn votierten. Doch markierte die Pro-Berlin-Entscheidung vom 20. Juni 1991 gewissermaßen den Wendepunkt in dem seit Mitte der achtziger Jahre bestehenden Aufwärtstrend der FDP, so dass die Partei für das Wahljahr 1994 mit einer harschen Verschlechterung rechnen musste. Für die Klimaänderung war eine Reihe von Faktoren verantwortlich. Zum einen kam es in dieser Legislaturperiode zum politischen Abtritt der „alten Garde“, die über Jahrzehnte Erscheinungsbild und Profil der Liberalen bestimmt hatten: Wolfgang Mischnick übergab 1991 den Vorsitz der Bundestagsfraktion nach 23 Jahren an Hermann Otto Solms. Weit überraschender für viele war im Mai 1992 der Rückzug von Hans-Dietrich Genscher aus dem Auswärtigen Amt, mit 18 Amtsjahren war er der dienstälteste Außenminister weltweit. In der nicht auf einen Amts-Wechsel vorbereiteten Partei konnte sich in einer Kampfabstimmung Klaus Kinkel, der bisherige Justizminister und langjährige politische Weggefährte Genschers, gegen Bauministerin Irmgard Schwaetzer durchsetzen; seine Nachfolgerin im Rechtsressort wurde ebenso überraschend die 1990 erstmals gewählte Bundestagsabgeordnete Sabine Leutheusser-Schnarrenberger.

Die Übernahme des Außenministeriums durch Kinkel war zugleich aber auch eine Vorentscheidung für den FDP-Vorsitz, von dem sich Otto Graf Lambsdorff 1993 zurückzog. Der bis dahin aussichtsreichste Kandidat, Wirtschaftsminister Möllemann, hatte zum Jahreswechsel 1992/93 seinen Kabinettsposten wegen einer eher minimalen Affäre aufgeben müssen, wodurch der Weg für die Wahl Kinkels an die Spitze der FDP auf dem Parteitag in Münster (Juni 1993) frei war. Aber weder Kinkel, der erst kurz vorher offiziell der FDP beigetreten war, noch sein Generalsekretär Werner Hoyer konnten innerparteilich die Geschlossenheit hinter sich vereinen wie zuvor Genscher

und Lambsdorff. So war auch die Kandidatur von Hildegard Hamm-Brücher für das Amt des Bundespräsidenten in der Partei nicht völlig unumstritten; im dritten und entscheidenden Wahlgang stimmten die FDP-Wahlmänner mit der CDU für deren Kandidaten Roman Herzog, der dadurch das erforderliche Quorum erreichte.

Die parteiliche Geschlossenheit wurde nicht nur durch die Turbulenzen auf der Führungsebene in Frage gestellt, sondern auch durch die großen Schwierigkeiten beim Zusammenwachsen der west- und ostdeutschen Teile. Hier zeigte sich, dass es sehr unterschiedliche Auffassungen von Parteileben gab. Solche, die sich in 40 Jahren „real existierendem Sozialismus“ auch unter den Liberaldemokraten ausgeprägt hatten, waren kaum in Übereinstimmung zu bringen mit westlichen Vorstellungen, wobei gerade die Freidemokraten seit jeher besonders individualistischen Varianten von Parteiorganisation und -mitgliedschaft anhängen. Als Folge kehrten viele ostdeutsche „Neumitglieder“ enttäuscht über die geringe „Nestwärme“ der FDP bald den Rücken, so dass die ostdeutschen Landesverbände zahlenmäßig schnell auf „westliches“ Niveau schrumpften. Als weitere Folge wurde die Partei bei der zweiten Welle von Landtagswahlen in den neuen Bundesländern arg gerupft, sie scheiterte überall an der Fünf-Prozent-Klausel.

Schließlich erwies sich auch die Bewältigung der inneren Einheit, also die Überwindung der von fünf Jahrzehnten SED-Herrschaft hinterlassenen wirtschaftlichen und ökologischen Probleme als wenig förderlich für liberale Ideen in Ostdeutschland. Denn in der Euphorie der Einheit hatte die Regierung Kohl gegen erheblichen, aber letztlich nicht erfolgreichen Widerstand in der FDP überall auf staatliche Kräfte gesetzt, um im Osten „blühende Landschaften“ – so Bundeskanzler Helmut Kohl – zu schaffen. Außerdem musste die FDP die Einführung einer weiteren „Säule“ staatlich gelenkter Sozialpolitik, nämlich der Pflegeversicherung, mittragen. Dies alles kam zwar der in Ostdeutschland verbreiteten Mentalität entgegen und trug nicht erheblich zu den anfänglichen Erfolgen der Regierungskoalition bei Wahlen bei, aber es überforderte, was weiter blickende Geister wie Otto Graf Lambsdorff von Anfang an gesehen hatten, die Kräfte der alten Bundesrepublik. Und es führte ebenso zu einer An- resp. Überspannung der bisherigen sozialstaatlichen Instrumente, die die deutsche

Entwicklung seitdem begleiten sollte. Schließlich erwies sich der zunächst als provisorisch deklarierte „Solidaritäts“-Zuschlag zur Steuer, mit dem die Kosten der Einheit finanziert werden sollten, als sehr dauerhaft.

Außerdem hatte sich mit dem Fall der Mauer und dem Ende des alten Ost-West-Konflikts auch die weltpolitische und weltwirtschaftliche Lage insgesamt völlig geändert, was erst allmählich erkannt wurde. Damit geriet aber die traditionelle deutsche Innen- und Sozialpolitik, die u. a. darauf beruhte, die durch wirtschaftliches Wachstum erzielten Fortschritte „irgendwie gerecht zu verteilen“, in eine tiefe Krise. Bei der Bundestagswahl von 1994 wurde die Regierungskoalition nur noch ganz knapp bestätigt, wobei die FDP (-4,1 Prozent) auch wegen eines nicht gerade glücklich geführten Wahlkampfes größere Verluste hinnehmen musste als die CDU (-2,3 Prozent). In der Neuauflage des Kabinetts Kohl gingen dann auch zwei Ministerämter verloren und es blieben Klaus Kinkel als Außenminister, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger als Justizminister sowie Günther Rexrodt, der seit 1993 als Wirtschaftsminister amtierte.

Die mittelfristig durch die Einheit bewirkte Schwäche der Liberalen betraf aber nicht nur die Bundesebene oder den Osten. Auch in vielen West-Staaten wurden Mitte der neunziger Jahre sehr schwache Wahlergebnisse erzielt, so u. a. in Bayern und Nordrhein-Westfalen. Diesem Trend entzogen sich dann aber zuerst Hessen unter dem Landesvorsitzenden Wolfgang Gerhardt (1995) und ein Jahr später Baden-Württemberg unter Walter Döring und Rheinland-Pfalz mit Rainer Brüderle an der Spitze. In ganz Südwestdeutschland mauserte sich die FDP wieder zu einer beachtlichen landespolitischen Kraft. Dazu beigetragen hatte auch die Berufung des langjährigen Vorsitzenden der „Jungen Liberalen“, Guido Westerwelle, zum Generalsekretär Ende 1994. Dies war zugleich die letzte wichtige Entscheidung des Vorsitzenden Klaus Kinkel, der der innerparteilichen Querelen leid, Mitte 1995 den FDP-Vorsitz an Wolfgang Gerhardt übergab.

Aufgrund ihrer unterschiedlichen Temperamente ergänzten sich der neue Vorsitzende und sein Generalsekretär sehr gut und konnten zunächst eine Reihe von Erfolgen erzielen, nicht nur bei den Landtagswahlen des Jahres 1996. Westerwelle erwies seine

Zugkraft vor allem in Richtung jugendlicher Wähler und versuchte der FDP ein neues programmatisches Fundament zu verschaffen. Dies kam 1997 mit den „Wiesbadener Grundsätzen“ zustande, mit denen die FDP den Anschluss an die vor allem in der angelsächsischen Welt stark aufgekommenen „neoliberalen“ Strömungen fand. Bemerkenswert war, dass bei diesem ersten umfassenden Grundsatzprogramm seit 1971 sowohl „altliberale“ Vordenker wie Werner Maihofer als auch der jungliberale Kreis um Westerwelle und stark von libertärem Gedankengut beeinflusste Politiktheoretiker außerhalb der Partei mitwirkten. Allgemein wurde erwartet, dass die anspruchsvollen „Grundsätze“ allenfalls mittelfristig eine größere Ausstrahlung entfalten konnten. Vorerst geriet die FDP in den allgemeinen Abwärtsstrudel am Ende der Ära Helmut Kohl. Der Koalitionsräsön musste sie in wichtigen rechtspolitischen Fragen wie dem „Großen Lauschangriff“ nachgeben, was Ende 1995 zum Rücktritt der durchaus eigenwilligen Justizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger führte. Ihren Platz im Kabinett nahm der Kieler Rechtsprofessor Erhard Schmidt-Jortzig ein. Auf der anderen Seite blieben viele Reformansätze der Regierung am Widerstand des von der SPD dominierten Bundesrates hängen. Insgesamt gab es in der Bevölkerung eine allgemeine Stimmung gegen den seit anderthalb Jahrzehnten amtierenden Kanzler, der zudem in der Frage der Nachfolge sehr ungeschickt agierte. Bei der Bundestagswahl im September 1998 wurde die gesamte Koalition deshalb „abgestraft“, wobei es diesmal die Kanzlerpartei mit einem Minus von 6,4 Prozent weit stärker traf als den liberalen Koalitionspartner (-0,7 Prozent). Da es für eine rot-grüne Mehrheit unter Gerhard Schröder im Bundestag reichte, ging die FDP zum dritten Mal nach 1956 und 1966 in Opposition.

Die Enttäuschung über den Machtverlust im Bund wurde aber einige Monate später gemildert durch das Ergebnis der hessischen Landtagswahl Anfang Februar 1999: Zwar schaffte die FDP unter der Führung von Ruth Wagner nur knapp den Einzug ins Landesparlament, aber dank Gewinnen der CDU und starker grüner Verluste reichte es für eine bürgerliche Koalition in Wiesbaden. Belastet wurde die Arbeit der neuen Landesregierung bald durch die Schwarzgeldaffäre der CDU, in die auch hessische Christdemokraten Landesverband involviert waren. Entgegen von Wünschen aus der Bundespartei verblieb die hessische FDP in der Regierung, was sich bei der nächsten

Landtagswahl 2003 mit einem Plus von fast drei Prozent auszahlen sollte. Allerdings kündigte man dann die Koalition auf, da die CDU die absolute Mehrheit gewann.

Als Oppositionspartei in Bonn und Berlin, wohin Regierung und Parlament 1999 überwechselten, versuchte die FDP auf dem Fundament der Wiesbadener Grundsätze aufzubauen. Neben dem Thema Wirtschafts- und Steuerpolitik, das zuletzt im Vordergrund gestanden hatten, nahm man sich jetzt auch schwerpunktmäßig der Fragen an, wie das föderale System und das Bildungswesen in Bundesrepublik reformiert werden konnte. Denn es zeigte sich nach dem Antritt der rot-grünen Bundesregierung schnell, dass sich an den grundlegenden Problemen Deutschlands wenig änderte, vielmehr diese sich vor allem nach dem Ende des sog. New-Economy-Boom im Frühjahr 2000 weiterverschärften: Das Wirtschaftswachstum stagnierte, die Arbeitslosigkeit wuchs und konnte selbst in Sommermonaten kaum unter zehn Prozent gedrückt werden, wobei sie im Osten immer mehr als doppelt so hoch war wie im Westen (Mitte 2002: Gesamt 9,7 Prozent = vier Millionen Arbeitslose, neue Bundesländer 18,0 Prozent, Bundesrepublik alt 7,8 Prozent). Im gleichen Maße wurden die Sozialsysteme wieder erschüttert, vor allem den Rentenkassen mussten staatliche Zuschüsse zufließen, um den Beitragssatz unter 20 Prozent zu halten. Bei den Krankenkassen stieg dieser auf durchschnittlich 14 Prozent; zusammen mit Arbeitslosen- und Pflegeversicherung machten die sog. Lohnnebenkosten insgesamt gut 40 Prozent des Bruttoeinkommens aus, weshalb Arbeit entsprechend teuer wurde und die Zahl der Arbeitsplätze abnahm. Zugleich kam die Bundesrepublik, in früheren Jahren immer finanzpolitischer Primus in Europa, in Gefahr, die von ihr – noch unter der Regierung Kohl/Kinkel - maßgeblich mit beschlossenen Stabilitätskriterien für die gemeinsame europäische Währung zu verletzen. Zwar gehörte sie Anfang 2002 zu den Ländern, die die neue Währung „Euro“ einführten, aber fortan verstieß sie mehrfach gegen die sog. „Maastricht-Kriterien“, die eine solide Haushalts und Finanzpolitik vorschrieben. Ein Kurswechsel war hier also dringend geboten und von liberaler Seite wurde auch eine Reihe von Vorschlägen vorgelegt, vor allem in Bezug auf Neuregelung der finanziellen Beziehungen zwischen Bund und Ländern.

Ein weiterer Schock für die bundesrepublikanische Gesellschaft war das schlechte Abschneiden deutscher Schüler in internationalen Vergleichstests, insbesondere beim sog. ersten „Pisa-Test“ im Jahre 2001. Hier zeigten sich Defizite, die nicht nur das Schul-, sondern das gesamte Bildungswesen in Deutschland betrafen. Die FDP vertrat hier in erste Linie Konzepte, die auf mehr Eigenständigkeit der Schulen und Hochschulen, auf Differenzierung und Wettbewerb unter ihnen sowie eine Teilprivatisierung setzten.

Trotz dieser brennenden, strukturellen Probleme bestimmten den Wahlkampf des Jahres 2002 mittelbar zwei andere Themen: Die CDU litt unter den Nachwirkungen der so genannten „Schwarzgeld-Affäre“ von 1999, die auch den vorherigen Kanzler betraf, und konnte deshalb auf Bundesebene nur mühsam ihr Tief vom Jahre 1998 überwinden. Gravierender noch waren die Auswirkungen der verheerenden Anschläge islamistischer Terroristen in New York und Washington am 11. September 2001. Zwar stellte auch Bundeskanzler Schröder den USA unmittelbar danach „uneingeschränkte Solidarität“ in Aussicht, aber als die US-Regierung die Bekämpfung des islamistischen Terrorismus einige Monate später offensiv anging, unterstützte die Bundesrepublik das amerikanische Vorgehen gegen Afghanistan eher zögerlich. Im Fall des Iraks verweigerte sie sich gänzlich. Stattdessen wurde der Wahlkampf 2002 von SPD und Grünen als Frage von Krieg und Frieden behandelt und mit latenten anti-amerikanischen Ressentiments geführt.

Vorher noch hatte die FDP die Schwäche der CDU geschickt genutzt und eine Reihe Aufsehen erregender Wahlerfolge erzielt, so in Schleswig-Holstein (7,9 Prozent) und Nordrhein-Westfalen, wo der zurückgekehrte Landesvorsitzende Jürgen Möllemann die FDP mit fast zehn Prozent triumphal in den Landtag zurückführte. Daraus zog man in der Parteiführung den Schluss, dass die Meßlatte für das Bundestagswahlergebnis deutlich höher gelegt werden müsse und die FDP mit einem eigenen Kanzlerkandidaten antreten solle. Obwohl Möllemann diese Idee für sich reklamierte, wurde der neue Parteivorsitzende Guido Westerwelle – er hatte Wolfgang Gerhardt Anfang 2001 an der Spitze der Partei abgelöst, dieser blieb aber Fraktionsvorsitzender im Bundestag – im Mai 2002 als Kanzlerkandidat akklamiert. Kurz zuvor schien sich mit dem Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt – die FDP stieg von 4,2 auf 13,1 Prozent und konnte mit der CDU

wieder eine Regierung bilden – die Richtigkeit dieser Strategie zu beweisen; offenbar konnte die Partei doch in den Nähe des gesetzten Zieles 18 Prozent kommen zu können.

Neben der erwähnten weltpolitischen Entwicklung, bei der sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen als Gegner des amerikanischen Vorgehens gegen den Irak herausstellte, machten dann im wahrsten Sinne des Wortes die Unbilden des Wetters diesem Vorhaben einen Strich durch Rechnung. Ein unerwartetes und verheerendes Hochwasser entlang der Elbe im Spätsommer 2002 nutzte die rot-grüne Regierung, um sich als tatkräftige Exekutive darzustellen. Die eher auf Optimismus und einen gewissen Spaßfaktor abgestellte Wahlkampagne der FDP kam daneben nicht richtig zur Geltung. Hierzu traten Meinungsunterschiede zwischen dem Parteivorsitzenden und dem eigentlichen Schöpfer dieser Kampagne, da Möllemann versuchte, seinerseits den anti-amerikanischen Gefühlsmomenten des rot-grünen Wahlkampfes emotionale Aspekte entgegenzusetzen, die allerdings Gefahr liefen, als antisemitisch gedeutet zu werden. Trotz dieser schwierigen Umstände erreichte die FDP bei der Bundestagswahl im September 2002 eine Verbesserung ihres Ergebnisses um 1,2 Prozent, das Ziel einer Ablösung der Regierung Schröder wurde aber ganz knapp verfehlt. Zum ersten Mal blieb die Partei zwei Legislaturperioden hintereinander in der Opposition auf Bundesebene.

Aufgrund dieser Bundestagswahl blieben den Deutschen die Regierung Schröder, aber auch die im Wahlkampf nur mühsam überdeckten grundsätzlichen Probleme erhalten. Die Arbeitslosigkeit stieg weiter bis auf über fünf Millionen Anfang 2005, was einem Anteil von einem Achtel aller Erwerbsfähigen entsprach. Die Maastricht-Kriterien wurden drei Jahre hintereinander von Deutschland verletzt und der Ausweg wurde nicht in einer anderen Finanzpolitik, sondern in einer Änderung der Kriterien gesucht. Auch beim zweiten Pisa-Test schlossen deutsche Schüler schwach ab, und neben der Rentenversicherung geriet nun auch die Pflegeversicherung in die Bredouille. Die Krankenversicherung konnte 2004 nur durch massive Belastungen der Versicherten einigermaßen im Lot gehalten werden. Das Verhältnis zu den USA blieb als Nachwirkung des Wahlkampfes 2002 weiterhin unterkühlt, die Bundesregierung

versuchte gewissermaßen mit Paris und Moskau eine Gegenachse zu bilden und verlor nicht nur deshalb in amerikanischen Augen stark an Wert als Verbündeter.

Die FDP litt ebenfalls zunächst an den Nachwirkungen des Wahlkampfes, da sich der Fall Möllemann zu einer Affäre auswuchs, die aufgrund ihrer finanziellen Implikationen auch die Bundespartei in Mitleidenschaft zog. Kurz nach Aufhebung seiner Immunität als inzwischen fraktionsloses Bundestagsabgeordneter starb Jürgen Möllemann bei einem Fallschirmsprung im Juni 2003. Die Führung der Partei konzentrierte sich seitdem vor allem auf den Vorsitzenden Guido Westerwelle, seine seit 2001 amtierenden und aus Ostdeutschland stammenden Generalsekretärin Cornelia Pieper und den Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Gerhardt. Trotz des Rückschlags auf Bundesebene, der ja eher ein Zurückbleiben hinter selbst gesetzten und (zu) hoch angelegten Zielen war, setzte sich der Trend von regionalen und lokalen Wahlerfolgen fort. Anfang 2003 gelang neben Hessen auch in Niedersachsen ein beachtlicher Zugewinn; in Hannover wurde man sogar Regierungspartei. Das Jahr 2004 sah nicht nur die Rückkehr der Liberalen in die Parlamente von Saarbrücken und Dresden, sondern auch die Wahl des von der FDP ins Spiel gebrachten Direktor des Internationalen Währungsfonds, Horst Köhler, zum Bundespräsidenten. Im Vorfeld der Europawahl machte die FDP zudem durch eine sehr junge Mannschaft unter der Führung der knapp fünfdreißigjährigen Silvana Koch-Mehrin auf sich aufmerksam; sie holte für die FDP mit 6,1 Prozent das bisher beste Europa-Wahlergebnis überhaupt. Das niedrige Durchschnittsalter der sechs FDP-EU-Parlamentarier spiegelte auch eine Entwicklung in der liberalen Mitgliedschaft wieder: Inzwischen wies die Partei einen doppelt so hohen Anteil an Mitgliedern unter 30 auf als die Volksparteien, ebenso herausragend war die Zustimmung von Erst- und Jungwählern. Dies war sicherlich sowohl dem relativ jugendlichen Vorsitzenden zu verdanken, der einer anderen, jüngeren Generation angehört als die Vorsitzenden aller anderen Parteien, als auch dem neuen Image der Partei als technologisch aufgeschlossen – sie richtete als erste einen Internet-Landesverband ein – und dem Leistungsgedanken zugetan.

Mitte 2005 kann der bundesdeutsche Liberalismus auf eine ungebrochene Kontinuität von 60 Jahren seit dem Wiederbeginn 1945 zurückblicken. Im Unterschied zu früheren Epochen liberaler Geschichte ist die gesellschaftliche Breite der Liberalen sicherlich

nach dem Zweiten Weltkrieg geringer gewesen, verglichen vor allem mit der Blütezeit des deutschen Liberalismus als politisch-gesellschaftlicher Bewegung im 19. Jahrhundert. Hat er deshalb auch einen politischen Bedeutungsverlust hinnehmen müssen? Das wird man ebenso mit Sicherheit verneinen können. Natürlich sind die großen Themen des klassischen Liberalismus – der nationale Verfassungsstaat, Grundrechte und wirtschaftliche Freizügigkeit – mehr oder minder zum Allgemeingut aller seriösen politischen Kräfte geworden, wenn auch zum Teil in deutlicher Abstufung. Aber die Liberalen haben der Bundesrepublik doch durchaus ihren Stempel aufgedrückt. An allen entscheidenden Wegmarken bundesrepublikanischer Geschichte zwischen 1949 und 1990 wurden die Weichen mit nicht unbeträchtlicher Hilfe der FDP in die von den Liberalgesinnten gewünschte Richtung gestellt, sei es die Wiedereinführung der (sozialen) Marktwirtschaft, sei es das bundesstaatliche Grundgesetz, sei es die Westintegration, die Entspannungspolitik, sei es die Wiedervereinigung. Nicht unterschätzen sollte man die bedeutsame Rolle der FDP dabei, dass die Weichen nicht nur so gestellt worden sind, sondern nachher der entsprechende Kurs beibehalten wurde. Zwei Mal, 1969 und 1982 hat die FDP dies nur unter starken eigenen Blessuren vermocht, aber diese Doppelrolle als Weichensteller und Kraft der Kontinuität ist ein wichtiger Teil der bundesrepublikanischen Erfolgsgeschichte.

Jene Phasen, in denen die FDP nicht in Bonn oder Berlin mitgesteuert hat, also zwischen 1956 und 1961, von 1966 bis 1969 und seit 1998, gelten allgemein weder als die dynamischsten noch als die erfolgreichsten Jahre bundesrepublikanischer Entwicklung. Überdies fallen gerade in diese Zeiten scheinbar populäre Maßnahmen (dynamische Rente, Neuregelung der Finanzverfassung, Ausstieg aus der Kernenergie), deren großen ökonomischen Nachteile erst langfristig erkennbar geworden sind. Heute kommt man leider nicht umhin zu konstatieren, dass die Bundesrepublik nach der Wiedervereinigung in vielerlei Hinsicht den Erfolgsweg früherer Jahre verlassen hat und dass diese Tendenz sich - sicherlich nicht zufällig - seit dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung verstärkt hat. Gleichzeitig ist immer mehr die Fähigkeit verloren gegangen, sich an die neuen weltpolitischen und – wirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen. So sind die klassischen Säulen des

Wirtschaftswunders – gutes wirtschaftliches Klima, Sozialpolitik mit Augenmaß, Vorrang der Freizügigkeit, feste Verankerung im Westen – inzwischen sehr morsch geworden, ohne das neue, tragfähige Fundamente in das Haus Bundesrepublik eingezogen worden sind. Der ökonomische Musterknabe Deutschland musste da zwangsläufig zum „kranken Mann Europas“ werden, die Angelsachsen sprechen schon von der „German disease“.

Aus Sicht der Liberalen sind die Instrumente für eine Rückkehr auf die Erfolgsspur allesamt seit langem bekannt und sie haben vor allem im angelsächsischen Bereich, aber längst nicht nur dort ihre Wirksamkeit unter Beweis gestellt:

- Vorrang der Freiheit in allen gesellschaftlichen Belangen,
- Freiheit für das Individuum, das selbst am besten seine Bedürfnisse regeln kann,
- Abbau der Bürokratie und Bevormundung,
- Vertrauen in die Eigeninitiative,
- Aufhebung von Denkverboten und Vorschriften,
- Rückbau des staatlichen Einflusses.

Die liberale Programmatik kennt ein ganzes Arsenal zu Entfaltung gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und kultureller Dynamik. Dies muss allerdings aus liberaler Sicht einhergehen mit einer Außenpolitik, die in erster Linie die Nähe und Kooperation von solchen Staaten sucht, die gleiche Prinzipien vertreten. Das heißt, eingebettet in den Westen und auf liberalen Gesellschaftsfundamenten aufbauend braucht Deutschland auch in einer globalisierten Welt nicht um seine Stellung zu fürchten. Im Gegenteil, ein liberal geprägtes Zentrum Europas könnte wieder ein Modellfall, eine neues „Wirtschaftswundergebiet“ und eine Heimstätte der Freiheit werden und Europa auf die gleiche Bahn lenken.